# **JAHRESBERICHT 2024**











### Die Bayerischen Chemieverbände

### JAHRESBERICHT 2023/2024

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Bayern VCI-LV Bayern

### Inhalt

Vorwort Dr. Christian Hartel, Vorsitzender des Vorstands
Vorwort Walter Vogg, Hauptgeschäftsführer und Vorstand
Industriepolitik12
Wirtschaftliche Lage
Tarifpolitik
Sozialpolitik
Bildungspolitik
Pharmastandort42
Aus der Arbeit des VBCI
Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern
Ausblick
Übersichtsgrafik Gremien, Arbeitskreise, Expertenkreise, Expertendialoge
Gremienmitglieder
Statistiken
Team der Bayerischen Chemieverhände 72

#### Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet. Alle Geschlechter mögen sich bitte gleichermaßen angesprochen fühlen!



### Sehr geehrte Damen und Herren,

ie Wirtschaftsdaten unserer Branche sprechen für sich und machen den Ernst der Lage deutlich: Die Produktion sank 2023 bundesweit um 9 % – ohne Pharma sogar um 12 %. Die Chemie hat ein historisch schlechtes Jahr hinter sich. Zwar gab es eine leichte Verbesserung im 1. Quartal, aber eine substantielle Verbesserung der Lage ist derzeit nicht in Sicht. Mit Sorge stellen wir fest, dass der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland immer weiter an Wettbewerbsfähigkeit einbüßt. Und das ist nicht

nur ein subjektiver Eindruck - aktuelle Standortrankings bestätigen das.

### »ICH MACHE MIR SORGEN: WIR VERLIEREN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT.«

Besonders bedrückend ist, dass die Ursachen für die Wirtschaftsschwäche nicht allein in fehlenden konjunkturellen Impulsen zu suchen sind. Vieles ist hausgemacht – wir haben vor allem ein strukturelles Problem, das auch bei besserer Konjunktur für Wettbewerbsnachteile sorgt: hohe Steuern, Energie-, Arbeits- und Bürokratiekosten. Es mangelt an verlässlicher Infrastruktur. Im internationalen Vergleich ist Deutschland schlichtweg zu teuer, zu langsam, zu kompliziert.

### >> IM INTERNATIONALEN VERGLEICH IST DEUTSCHLAND SCHLICHTWEG ZU TEUER, ZU LANGSAM, ZU KOMPLIZIERT.

Die Sorge um unsere Wirtschaftsstärke und unseren Wohlstand schlägt sich zunehmend auch in der Bevölkerung nieder. Das hat die Europawahl gezeigt. Die Regierungsparteien wurden abgestraft; die rechten Parteien haben dagegen deutlich zugelegt. Einer der Gründe hierfür ist, dass die Regierungsparteien sich zu lange nicht mit den Themen befasst haben, die den Menschen besonders wichtig sind.

Die Zeiten sind stürmisch. Ohne Frage. Die Herausforderungen für die Wirtschaft und insbesondere für die Chemie sind groß. Der Standort Deutschland muss für die Branche wieder attraktiv werden, Zukunftsinvestitionen müssen sich wieder lohnen, die Wirtschaftspolitik muss wieder ein für die Industrie aussichtsreiches und planbares Umfeld schaffen. Das ist umso wichtiger, weil die chemische Industrie eine Schlüsselrolle in der Transformation hin zur Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft spielt – es bleibt dabei: Wir sind die #Lösungsindustrie! Deshalb geht es jetzt darum, gemeinsam mit der Politik in eine Dekade der pragmatischen Umsetzung zu kommen – und die Energiewende zum Business Case zu machen. Zentral dafür sind: ein besser integrierter und harmonisierter europäischer Strommarkt, international wettbewerbsfähige Strompreise für energieintensive Unternehmen bei gleichzeitigem Abbau überbordender Überwachungsund Berichtspflichten.

# >> KLIMASCHUTZPOLITIK MUSS AUCH INDUSTRIEPOLITIK SEIN -DIE ENERGIEWENDE MUSS EIN "BUSINESS CASE" WERDEN!«

Auch wenn der "Chemiepakt" mit Kanzler Scholz gescheitert ist und kein "Brückenstrompreis" beschlossen wurde: Das Problem der zu hohen Energiepreise, insbesondere beim Strom, bleibt und ist der Hemmschuh der grünen Transformation schlechthin. Nach wie vor brauchen wir dringend eine Lösung für wettbewerbsfähigen und möglichst grünen Strom.

Wer Industriepolitik, Wirtschaftspolitik und Klimapolitik betreiben will, muss sich zu allererst darum kümmern. Und dann um die Bürokratie. Hier sollte vor allem darauf geachtet werden, dass nicht immer neue Bürokratie (Stichwort Lieferkettengesetz, EU-Taxonomie, erweiterte Herstellerverantwortung, etc.) entsteht.

Wir haben in Deutschland leider schon länger einen Weg eingeschlagen, der zu immer neuen Hürden führt. Wir brauchen vielmehr planbare Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln und frei bewegen können. Stattdessen verliert sich der Gesetzgeber im Klein-Klein und setzt immer wieder Ziele, ohne dass es technische Lösungen dafür gibt. Um Ungerechtigkeiten und Verzerrungen im Markt zu korrigieren, werden dann wiederum weitere Regelungen und Berichtspflichten beschlossen, die alles noch komplizierter und langsamer machen.

### **VORWORTE**

Das war nicht immer so. Wir hatten lange einen klaren Kompass – den der Sozialen Marktwirtschaft, die als Erfolgsmodell für wirtschaftlichen Aufschwung und "Wohlstand für alle" sorgte. Sie ist ein Gegenmodell sowohl zum "Turbokapitalismus" als auch zum Sozialismus. Sie hat Freiheit – auch unternehmerische Freiheit – gesichert. Dahin müssen wir wieder zurück. Die jüngsten Verlautbarungen aus der Bayerischen Staatskanzlei geben dabei Grund zur Hoffnung.

# » WIR MÜSSEN DEN KOMPASS WIEDER RICHTIG AUSRICHTEN: AUF DIE PRINZIPIEN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT!«

Wie immer ist unser Jahresbericht nicht nur ein Rechenschaftsbericht. Er ist vor allem auch ein Positionspapier und ein Stück weit eine Standortbestimmung, wofür wir als Bayerische Chemieverbände stehen.

Wofür wir als Bayerische Chemieverbände stehen, wurde in den vergangenen zehn Jahren maßgeblich von unserem Hauptgeschäftsführer, Walter Vogg, geprägt. Er wird sich nach unserer diesjährigen Mitgliederversammlung in den wohlverdienten Ruhestand verabschieden. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei ihm bedanken.

Walter Vogg hat mehr als ein Jahrzehnt die Bayerischen Chemieverbände und das Team in der Geschäftsstelle mit großem Engagement, viel Enthusiasmus und einem klaren Wertekompass geführt. Er war und ist ein Freund offener, direkter Worte und hat – vielleicht auch gerade deswegen – im politischen Umfeld immer Gehör gefunden. Seine Leidenschaft und Klarheit galten dabei nicht nur wirtschaftspolitischen Themen. Auch in der Tarifpolitik hat er sich verdient gemacht und unsere Interessen in Bayern über einen langen Zeitraum verantwortungsvoll und vorbildlich repräsentiert.

Im Namen der Mitglieder, des Vorstands und auch persönlich danke ich Walter Vogg für seine Zeit, sein Engagement und die Kraft, die er in die Weiterentwicklung der Verbände gesteckt hat.

Wir wären nicht ein gut organisiertes und planvolles Team, hätten wir nicht für eine Nachfolge für das Amt des Hauptgeschäftsführers gesorgt.

Ab 01. August wird Dr. Markus Born neuer Hauptgeschäftsführer. Er ist Chemiker, kommt aus der Industrie und ist seit vielen Jahren bei den Bayerischen Chemieverbänden tätig. Er kennt somit das Geschäft und ist auch mit den Kolleginnen und Kollegen bestens vertraut. Wir dürfen daher von einer reibungslosen Übergabe ausgehen. Ich wünsche Dr. Born eine glückliche Hand und viel Erfolg.

### >> UNSER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER, HERR VOGG, GEHT IN DEN RUHESTAND, HERR DR. BORN WIRD SEIN NACHFOLGER.

Zu guter Letzt möchte ich mich bei unseren Mitgliedern und deren Vertretern bedanken. Konjunkturschwäche, Corona-Krise, der Ukraine-Krieg und die damit einhergehende Energiekrise sowie die anspruchsvollen Forderungen unseres Sozialpartners in der Tarifrunde: Die letzten Jahre waren für viele sehr herausfordernd.

Doch gerade in schwierigen Zeiten sind starke Verbände für die Branche wichtig. Danke, dass Sie uns – den Bayerischen Chemieverbänden – treu geblieben sind. Danke, dass Sie sich in unseren Gremien und Arbeitskreisen engagieren und sich mit den Themen Ihrer Unternehmen in die Verbandsarbeit einbringen.

Auch unseren Ansprechpersonen in Politik und Verwaltung möchte ich danken. Dafür, dass sie sich einem konstruktiven Diskurs stellen – denn nur gemeinsam und im vertrauensvollen Austausch zwischen Politik und Wirtschaft können wir den Industriestandort Deutschland und Bayern wieder nach vorne bringen!

Ihr Christian Hartel Vorsitzender

C. Hartel



### Sehr geehrte Damen und Herren,

ach mehr als 11 Jahren als Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstands der Bayerischen Chemieverbände ist dies mein letztes Vorwort für unseren Jahresbericht. Ende Juli übergebe ich meine Aufgaben an meinen Nachfolger, Herrn Dr. Markus Born, und verabschiede mich in den Ruhestand. Wenn ich auf meine Verbandszeit zurückblicke, dann waren diese Jahre von Ereignissen und Entwicklungen geprägt, wie man sie in dieser Art nicht

allzu oft erlebt. Nicht umsonst ist diese Zeit, die durch einen fundamentalen Wandel und eine ungewöhnliche Häufung von Herausforderungen bestimmt ist, sehr eng mit dem Begriff "Wende" verbunden.

Zum Schutz unserer Lebensgrundlagen und als Antwort auf den drohenden Klimawandel haben wir in Deutschland die Energiewende ausgerufen und - auf europäischer Ebene flankiert vom "Green Deal" – das Ziel einer klimaneutralen Transformation unserer gesamten Wirtschaft formuliert. Zur Steigerung unserer Produktivität und zum Abbau von Bürokratie haben wir uns die Digitalisierung wesentlicher Prozesse in allen Teilen unseres Lebens vorgenommen. Gleichzeitig kämpfen wir mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklung, des daraus resultierenden Arbeits- und Fachkräftemangels und den Folgen für die Finanzierung unserer Sozialsysteme. Und wir durften mit dem plötzlichen Auftauchen des Corona-Virus die Erfahrung machen, wie unvorbereitet wir im Grunde auf eine weltweite Pandemie sind. Aber wir hatten auch das Glück, dass unsere Branche mit ihren innovativen Technologien in Rekordzeit eine Antwort auf Corona geliefert und so vielen Menschen das Leben gerettet hat. Und als wäre dies alles an Herausforderungen nicht schon genug, mussten wir durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auch noch erleben, wie wenig selbstverständlich und fragil der Friede auch in Europa mittlerweile geworden ist. Der Krieg hat – neben dem unsäglichen Leid für die betroffenen Menschen - bis heute nicht nur massive wirtschaftliche Auswirkungen insbesondere für unsere Energieversorgung. Er hat in der Folge auch zu einer notwendigen Neubewertung internationaler Beziehungen, Lieferketten und kritischer Abhängigkeiten geführt, die den für eine Exportnation so wichtigen freien Handel in der Welt seither massiv belasten. Nicht zu vergessen die Rückkehr der Inflation, die nach einer Phase niedrigster Zinsen mit massiven Zinserhöhungen bekämpft werden musste, die wiederum Gift für die konjunkturelle Entwicklung sind.

Die negativen Folgen dieser "Zeitenwende" für unsere Wirtschaft wirken bis heute nach. Beim Wirtschaftswachstum landeten wir innerhalb der größten Wirtschaftsnationen (G20) zwischenzeitlich sogar auf dem letzten Platz. Und immer mehr Menschen haben Angst, den über Jahrzehnte erarbeiteten Wohlstand im Industrieland Deutschland zu verlieren. Die daraus resultierenden gesellschaftlichen Folgen sind nicht zuletzt bei den aktuellen Wahlen mit einer zunehmenden Radikalisierung an den politischen Rändern und auch im täglichen Umgang miteinander zu besichtigen.

Leider sind diese Entwicklungen nicht nur auf externe Faktoren, auf die wir wenig Einfluss haben, zurückzuführen. Vieles ist vielmehr hausgemacht! Und eines der zentralen Probleme ist hier die Art und Weise, wie wir insbesondere in Deutschland seit Jahren versuchen, die klimaneutrale Transformation – ohne Rücksicht auf Verluste – umzusetzen.

### >> OHNE EINE POLITIKWENDE UND OHNE INDUSTRIELLE BASIS WERDEN WIR EINE NACHHALTIGE TRANSFORMATION OHNE WOHLSTANDSVERLUSTE NICHT SCHAFFEN! «

Denn viele der negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen, die wir aktuell beklagen, sind im Grunde Symptome von politischem Populismus in einer von Social Media geprägten Diskussionskultur und einer mehr und mehr ideologiebasierten Planwirtschaft mit ihrem regulatorischen und administrativen Mikromanagement, das dem dadurch wachsenden Bürokratiemonster täglich Zucker gibt. Und der Versuch, der negativen Auswüchse dieser am Ende planlosen Planwirtschaft mit immer noch mehr lenkenden Eingriffen Herr zu werden, füttert das Monster weiter.

Die eigentliche Ursache dieser Entwicklung ist aber nach meiner festen Überzeugung die seit Jahren zu beobachtende Abkehr von den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft - einer Wirtschaftsordnung mit Regeln

und Werten, die uns über Jahrzehnte den Aufbau unseres Wohlstands ermöglicht und uns auch durch viele Krisen geleitet hat.



Es wird daher höchste Zeit für eine politische Zeitenwende, die sich wieder auf die marktwirtschaftlichen Prinzipien besinnt und die – im Gegensatz zum aktuellen Mikromanagement – die notwendigen und verlässlichen Rahmenbedingungen setzt, die wir als Wirtschaft so schmerzlich vermissen, und damit Planungs- und Investitionssicher-

heit schafft. Und wir brauchen Vertrauen und unternehmerische Freiheit statt ideologischen Dirigismus und Realitätsverweigerung. Unser Vorstandsvorsitzender, Herr Dr. Christian Hartel, hat in seinem Vorwort und auf vielen Veranstaltungen und Diskussionsrunden eindringlich darauf hingewiesen, was jetzt zu tun ist, um eine immer deutlicher werdende Deindustrialisierung zu verhindern. Was wir jetzt vor allem brauchen, ist ein "Industrial Deal". Mehr dazu in unserem Kapitel "Industriepolitik".

Das Gute dabei ist: Wir haben in Deutschland ja (noch) ein riesiges, aber aktuell ungenutztes Potential, dem wir endlich wieder die Chance geben müssen, sich zu entfalten! Und mit Mut und Vertrauen in die Unternehmen, den richtigen Rahmenbedingungen und Prioritäten sowie dem nötigen Freiraum ist dies auch möglich!

#### >> TARIFPOLITIK - SCHMERZHAFTER KOMPROMISS IN DER KRISE!

Auch eine konstruktive Tarifpolitik ist hierbei wichtig. Gerade die kostenflexiblen Tarifregelungen in der Chemie, um die uns bis heute viele Branchen beneiden, haben hier einen wichtigen Beitrag geleistet. Dennoch hat uns die Tarifpolitik in diesem Jahr noch einmal massiv gefordert. Inflationsbedingt hohe Tarifforderungen begleitet von einer selten erlebten Konfliktbereitschaft im gesamten Umfeld und eine wirtschaftliche Krise, die vor allem die Chemie ganz besonders getroffen hat, bildeten eine komplexe Gemengelage, die zusätzlich mit emotionalen Themen wie der Forderung nach einem "Gewerkschaftsbonus" und einer Diskussion über die Zukunft der besonderen Sozialpartnerschaft in der Chemie aufgeladen war.

Dass sich die Tarifparteien – nach äußerst schwierigen und langwierigen Verhandlungen – (seit 1971!) wieder ohne Streik und größere Konflikte auf einen schmerzhaften, aber am Ende vertretbaren Kompromiss für die Fläche geei-

nigt haben, ist ein Beweis dafür, dass die besondere Sozialpartnerschaft in der Chemie beiden Seiten wichtig ist. Denn sie beinhaltet gerade in diesen Zeiten, in denen der Umgang immer rauer geworden ist, auch ein klares Bekenntnis beider Seiten zum "Konsens" und gegen "Konflikt und Krawall". Die Sozialpartnerschaft in der Chemie hat damit ihre wohl größte Bewährungsprobe bestanden. Dieses hohe Gut gilt es, auch in Zukunft von beiden Seiten zu bewahren!

### » DIE SOZIALPARTNERSCHAFT DER CHEMIE HAT IHRE WOHL GRÖSSTE BEWÄHRUNGSPROBE BESTANDEN!«

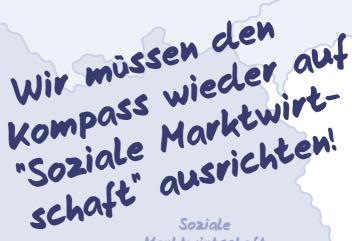
Sie können sich vorstellen, dass die von mir angesprochenen Themen nicht die einzigen Fragen sind, die unser gesamtes Verbandsteam beschäftigen und bei denen wir uns mit voller Kraft für unsere Mitgliedsunternehmen einsetzen. Ich darf Sie aber hierzu wie immer auf die nachfolgenden Kapitel unseres Jahresberichts verweisen. Und, weil es die Menschen sind, die den Unterschied machen, möchte ich mich ganz herzlich bei "meinem" gesamten Verbandsteam für die hervorragende Arbeit und den leidenschaftlichen Einsatz für unsere Mitgliedsunternehmen über all die Jahre bedanken! Egal, was uns die Zukunft bringt: Wir kämpfen weiter! Mit Herz und Rückgrat! Denn die Welt gehört nicht den Mutlosen! Wir können auch nicht nur Erfolg – wir können auch Krise! Und wir vertreten die #Lösungsindustrie! Darauf sind wir stolz!

Vielen Dank für Ihre Unterstützung, Ihr Vertrauen und für Ihr positives Feedback. Es war mir eine Ehre, dass ich mein gesamtes Berufsleben für diese tolle Branche arbeiten durfte und Teil der mehr als 75-jährigen Verbandsgeschichte sein konnte. Meinem Nachfolger, Dr. Markus Born, und jetzt "seinem" Team wünsche ich viel Erfolg und das notwendige Quäntchen Glück! Auf eine gute Zukunft!

lhr

Walter Vogg

Hauptgeschäftsführer



Marktwirtschaft

Soziale Marktwirtschaft

Soziale Marktwirtschaft

Soziale Marktwirtschaft

Und trotzdem ist ein Industriestrompreis unerlässlich...

#### Industriepolitik

Ist die Energiewende gescheitert? Zumindest so, wie sie angedacht war und derzeit vollzogen wird, wohl schon. Es ist Zeit für einen Kassensturz und einen Plan, wie es jetzt weitergehen kann. Denn die Vorstellung, dass man nur genug erneuerbare Energie-Anlagen (gemeint: Wind, PV) zubauen muss, dann würde es schon genug billigen Strom geben, wird vermutlich nicht aufgehen. Zum einen ist erneuerbare Energie nicht per se günstig und zum anderen müssen auch die weiteren Systemkosten eingerechnet werden.

Hierzu hatte Anfang April eine vielbeachtete Studie zur Einschätzung der zukünftigen Stromkosten große Wellen geschlagen. Die Forscher – darunter auch die Wirtschaftsweise Veronika Grimm – kommen zu dem Schluss, dass man (Überraschung?) für eine realistische Kosteneinschätzung bei der Energietrans-



formation neben den Stromgestehungskosten von Erneuerbaren eben auch die notwendigen komplementären Technologien und Infrastrukturbedarfe (wie Netzausbau, Gaskraftwerke für die Dunkelflaute, Batteriespeicher, etc.) berücksichtigen muss. Das Ergebnis: Der ganzheitliche Blick auf die Systemkosten lässt nur wenig Hoffnung zu, dass die Stromkosten im kommenden Jahrzehnt sinken werden. Die gestiegenen Netzentgelte von Anfang 2024 geben einen ersten Vorgeschmack. Auch der für den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) angefertigte "Fortschrittsmonitor Energiewende 2024" stößt in das gleiche Horn: Die nötigen Investitionen in den Bereichen Energieerzeugung, Stromnetze, Wasserstoffwirtschaft, Wärme und Verkehr werden auf 721 Mrd. EUR bis 2030 sowie weitere 493 Mrd. EUR bis 2035 beziffert. Wir müssen also davon ausgehen, dass die Strompreise – wenn man alle Kostenbestandteile einrechnet – nur eine Richtung kennen: teurer!

# >> EE-FÖRDERUNG, AUSSTIEGSPLÄNE, BACKUP-KRAFTWERKE UND NETZAUSBAU: STROM BLEIBT VORERST TEUER!

Die Studien sind ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung der Debatte. Über das Resultat einer über Jahrzehnte planwirtschaftlichen Eingriffspolitik in den Strommarkt – von der Trittin'schen Eiskugel als Kostenbeitrag für die Förderung der Erneuerbaren bis zu den umgesetzten Abschaltplänen für die Atomkraftwerke, dem Kohleausstieg und der dann nötigen Kraftwerksstrategie – darf man sich aber nicht wundern. Es ist eben

teuer, wenn man vor allem abschaltet und gleichzeitig wegen dezentraler, volatiler Stromgestehung viel mehr Netze und parallel auch alternative Backup-Kapazitäten für Zeiten ohne Wind und Sonne braucht.

#### >> PLANWIRTSCHAFT BETREIBEN - MARKT PREDIGEN? «

Worüber man sich aber wundern muss, ist, dass man dann Maßnahmen wie einen staatlich gedeckelten Industriestrompreis zum Erhalt der industriellen Wettbewerbsfähigkeit mit dem Hinweis, das sei nicht marktwirtschaftlich, ablehnt. Das ist schon erstaunlich und fast zynisch: Man greift wiederkehrend planwirtschaftlich-dirigistisch in einen Markt – den Strommarkt – ein und sorgt so für einen Mangel an verlässlichen Gestehungskapazitäten und damit (natürlich) für höhere Preise und geringere Versorgungssicherheit, um dann maßgeblich betroffenen Branchen mit Verweis auf die Marktwirtschaft eine Lösung zu verwehren!? Dass wir den "Markt" im Strombereich schon vor langer Zeit verlassen haben, kann man alleine daran sehen, dass es trotz phasenweiser hoher Strompreise zwar eigentlich genügend marktliche Anreize für den Bau neuer Kraftwerke gibt, aber dennoch nicht investiert wird.

#### >> DER INDUSTRESTROMPREIS IST EIN "BUSINESS CASE".«

Natürlich kann man das Vorschieben marktwirtschaftlicher Ansprüche inmitten der Energieplanwirtschaft auch einfach damit erklären, dass man, gerade in Zeiten klammer Kassen als Folge von Haushaltsurteilen und schlechten Wirtschaftsdaten, eher ungern Subventionen auf den Plan ruft. Andererseits sollte allen klar sein, dass die wirtschaftliche Situation eine Folge des hohen Strompreises ist – die Situation kann nur mit einem verlässlich international wettbewerbsfähigen Strompreis wieder besser werden. Und auch uns als Verfechter der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bereitet es großes Unbehagen, einen Subventionstatbestand für den



Strompreis zu fordern, den es – so viel sei nebenbei bemerkt – in anderen Staaten wie z.B. Frankreich, USA, China bereits seit vielen Jahren gibt. Nur muss man sich am Ende auch fragen, was denn die Alternativen sind und was ein Nichthandeln bedeutet. Eine IW-Studie im Auftrag des VCI zeigt, dass der fiskalische Beitrag der energieintensiven Industrien bei rund 46 Mrd. EUR p.a.

an Steuern und Abgaben liegt - Steueraufkommen aus abhängigen Wert-

schöpfungsstufen nicht eingerechnet. Stellt man dem ein Industriestrompreismodell gegenüber – wie z.B. das Mitte letzten Jahres von Bundesminister Habeck ins Spiel gebrachte, das von 30 Mrd. EUR bis 2030 ausging (also rd. 5 Mrd. EUR p.a.) – dürfte sich dieses Investment definitiv Iohnen.

# » ALARMZEICHEN INVESTITIONSTÄTIGKEITEN: DIE DEINDUSTRIALISIERUNG HAT BEGONNEN.«

Und auch der Hinweis auf den aktuell im Vergleich zum Krisenhöhepunkt in 2022 wieder deutlich gesunkenen Börsenstrompreis taugt keinesfalls als Entwarnung! Denn zum einen ist die Stromnachfrage aus der energieintensiven Industrie eben durch Produktionsdrosselungen (!) deutlich geringer, mit entsprechenden Preiseffekten. Und zum anderen ist für eine Exportnation schlussendlich einzig und allein der Gesamtkostenvergleich (Börsenpreis + Stromnebenkosten inklusive einer gewissen Plan- und Prognostizierbarkeit) zu relevanten Wettbewerbsregionen wie USA und China entscheidend. Gerade in den energieintensiven Industrien sehen wir laut IW-Analyse in Deutschland leider auch





schon seit Jahren einen Verlust an Substanz: Von 2000 bis 2021 ist hier der Kapitalstock um fast 20 % oder gut 71 Mrd. EUR geschrumpft! Und auch die aktuellen Investitionserwartungen lassen wenig Hoffnung aufkommen: Haben die Unternehmen in Deutschland ihre Investitionsvorhaben für das laufende Jahr insgesamt nach unten korrigiert, so sieht es bei den energieintensiven Unternehmen laut ifo-Zahlen vom April noch schlechter aus, allen voran bei der Chemie. Es ist also ernst und steht nicht gut um den Industriestandort Deutschland – denn wie sollen wir die Transformation zur Klimaneutralität schaffen, wenn als Folge hoher Stromkosten nicht investiert wird? Es bleibt dabei: Der Industriestrompreis – "all-in" 4 ct/kWh als Richtmarke – ist Notwendigkeit und Booster zugleich für die Transformation zur Klimaneutralität. Und im Übrigen gilt dies auch ganz analog für das Thema "Wasserstoff": Auch hier kann die Transformation nur mit einer international wettbewerbsfähigen Kostenstruktur gelingen!

#### >> DEINDUSTRIALISIERUNG WIRD NIE ALS VORBILD TAUGEN!

Aber nicht nur der fiskalische Blick und die Investitionstätigkeiten zeigen die unverändert dringende Notwendigkeit einer politischen Lösung für



international konkurrenzfähige Strompreise in Deutschland. Das Bundeswirtschaftsministerium (!) titelte Mitte März in einer Pressemitteilung freudig, dass Deutschland erstmals bei den Klimazielen für 2023 auf Kurs sei. Das dürfte – wenn sich die Prognosen überhaupt bestätigen – aber kaum als klimapolitisches Aushänge-

schild dienen. Einen wesentlichen Anteil an diesem CO<sub>2</sub>-Rückgang haben die Produktionsrückgänge in der energieintensiven Industrie infolge der hohen Energiepreise und einer weltweiten konjunkturellen Schwäche. Soll das wirklich allen Ernstes im Industrieland Deutschland unser Kompass für die Zukunft sein? Sollen wir das als offenes Plädoyer für "Klimaschutz durch Deindustrialisierung und Abbau industrieller Arbeitsplätze" verstehen? Wird das dann andere Weltregionen dazu bewegen, uns auf diesem Weg zu mehr Klimaschutz zu folgen? Müssten wir denn jetzt nicht eigentlich alles dafür tun, dass wir bei dem eingeschlagenen Weg eine nachhaltige Lösung finden, die echte Perspektiven auch für klimaneutrale energieintensive Wertschöpfung am Industriestandort Deutschland aufzeigt? Und droht nicht ansonsten, dass der Vorbildcharakter zum Mahnmal wird – und sind wir denn nicht eigentlich gerade deshalb für das Gelingen von Klimaschutz auf globaler Ebene geradewegs zum Erfolg verdammt?

Man hat derzeit den Eindruck, dass wir arg entrückt auf uns als Industrieland blicken und dieses Privileg, Industrieland zu sein, scheinbar immer weniger



wertschätzen – und nicht selten schulterzuckend hinnehmen, wenn wesentliche Teile unserer industriellen Basis von Verlagerungen und Abwicklung bedroht sind. Bereits vor drei Jahren haben wir uns daher genau an dieser Stelle in unserem Jahresbericht sehr intensiv damit beschäftigt, woher Wohlstand eigentlich kommt, was die Rolle der Industrie dabei ist, was das Ökosystem eines erfolgrei-

chen Industriestandortes ausmacht, welche Kippelemente es dabei gibt und warum wir zum Erfolg verdammt sind, um im Anschluss aufzuzeigen, dass eine nachhaltige Entwicklung ohne Deindustrialisierung und Wohlstandsverluste möglich ist. All diese Betrachtungen sind heute aktueller denn je!

» DIE CHEMIE- UND PHARMABRANCHE IST KEINE "OLD ECONOMY", SONDERN EWIG JUNGE LÖSUNGSINDUSTRIE!«

Und umso erschreckender ist es, dass wir auch wieder in eine Debatte über die Zukunft der sog. "alten Industrien" einsteigen, auf die einige glauben,

im Rahmen der "Transformation" unserer Wirtschaft gut verzichten zu können. Dieses Phänomen – "Old Economy" versus "New Economy" – ist dabei nicht neu. Manche Länder – allen voran Deutschland – waren nach dem Platzen der Dotcom-Blase im März 2000 und später während der Finanzkrise 2009 allerdings am Ende doch sehr froh, dass sie noch eine reale "alte Industrie" mit echten Assets und einem hohen Anteil am BIP hatten, die ihren Wohlstand gesichert hat. Und auch heute muss immer wieder dar-

an erinnert werden, was in einer arbeitsteiligen Wirtschaft das Erfolgsgeheimnis wirtschaftlicher und industrieller Wertschöpfungsketten ist, aus denen man nicht beliebig und ohne Folgen wichtige Kettenglieder herausbrechen kann, wenn man andererseits über Fragen einer gesteigerten Resilienz in unsicheren Zeiten diskutiert. Auch scheint immer noch nicht in Gänze klar



zu sein, dass es diese schöne neue transformierte Hightech-Welt, von der einige ersatzweise reden, nicht nur virtuell gibt, sondern dass es am Ende auch dazu immer noch "Hardware" und industrielle Lösungen braucht. Und diese kommen oder sind nur realisierbar mit Lösungen oder Produkten aus der Chemie. Egal ob bei der klimaneutralen Energiegestehung (Windräder, PV-Anlagen, etc.), bei der Kreislaufwirtschaft (neue chemische Recyclingmethoden, biobasierte Kunststoffe, etc.) oder im Bereich der Gesundheitsversorgung (neue Medikamente, Impfstoffe, Medizinprodukte, etc.) – entweder es beginnt mit einem Chemieprodukt oder die entscheidenden Funktionalitäten werden durch eine Chemieinnovation ("magic ingredient") erst ermöglicht. Es muss daher doch unser Kompass sein, dass wir die damit verbundene Wertschöpfung auch zukünftig noch im Land haben und nicht alles importieren?!

# >> DIE ENERGIEPOLITIK IST NUR EINES VON VIELEN SYMPTOMEN - DIE URSACHE LIEGT IM NEODIRIGISMUS.«

Die intensive Beleuchtung der Energiepolitik in diesem Kapitel liegt naturgemäß in deren fundamentaler Bedeutung für den Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Energiekosten, deren Höhe im Vergleich zum internationalen Wettbewerb sowie deren Planbar- und Verlässlichkeit entscheiden maßgeblich über Investitionen in der Industrie – gerade in Zeiten einer Transformation mit erwartbar erhöhtem Strombedarf für neue klimaneutrale Prozesse. In Bayern kennen wir diese Systematik eigentlich auch ganz gut, denn die weitsichtigen energiewirtschaftlichen Infrastrukturent-

scheidungen der Vergangenheit (Atomkraft, TAL-Pipeline und Co.) haben den Aufstieg des Freistaats von einem Agrarland zu einem international führenden Industriestandort erst ermöglicht.

Die aktuellen Probleme und Herausforderungen in der Energiepolitik sind aber nur ein Symptom einer viel tieferliegenden und fundamentaleren Schieflage.

In den letzten Dekaden haben wir uns von dem einstigen Erfolgsmodell unserer Wirtschaftsordnung – der Sozialen Markwirtschaft – immer weiter abgewendet und geraten in den höherföderalen Ebenen des Bundes und der EU immer tiefer in eine regelrechte neodirigistische Spirale der planwirtschaftlichen Mikroregulierung. Die Symptome sind vielfach zu beobachten:

## >> DURCH ZAHLREICHE EINGRIFFE WURDE DAS ETS ALS MARKTLICHES INSTRUMENT KONTERKARIERT.

Nochmal Energie- und Klimapolitik: Hatte man sich noch mit dem europäischen Emissionshandel auf ein sinnvolles marktliches Instrument zur kosteneffizienten CO<sub>2</sub>-Reduktion in der EU geeinigt, konterkarierte man durch Eingriffe wie die "Marktstabilitätsreserve", nationale Abschaltpläne oder Subventionsmaßnahmen wie das EEG dieses System kontinuierlich. Dadurch wurde es ineffizienter und teurer.

### » GENEHMIGUNGSVERFAHREN KENNEN SEIT JAHRZEHNTEN NUR EINE RICHTUNG: KOMPLIZIERTER, LANGSAMER UND BÜROKRATISCHER!«

• Industrieanlagenzulassung: Seit einiger Zeit hat man kundig erkannt, dass die klimapolitische Ambition nicht mit dem starren, überkomplexen und viel zu langen Genehmigungsregime für Infrastruktur- und Industrieprojekte zusammenpasst. Statt aber eine Neuordnung und Modernisierung des Rechtsrahmens vorzunehmen, einigte man sich jüngst auf eine weitere Verkomplizierung des europäischen Rahmenwerks zur Industrieanlagenzulassung (IED). Fast jede Maßnahme erhöht den Erfüllungsaufwand weiter und stellt Vollzug wie auch Betreiber vor kaum noch lösbare Hürden bei Betrieb und Genehmigung von Anlagen. Garniert wird das Ganze mit einem ab 2030 auf Anlagenebene (!) zu erstel-

lenden Transformationsplan – das Klimaziel allein reicht nicht, in der Planwirtschaft sind Pläne obligatorisch.

• Chemikalienrecht: Mit der EU-Chemikalienstrategie soll sich das Paradigma der Regulierung für die Verwendung von Chemikalien ändern. Statt eines Fokus auf sichere Verwendungen und einer risikobasierten Regulierung soll es in Zukunft so laufen: Erfüllen Stoffe bestimmte Gefährlichkeitseigenschaften, dann sollen sie – ob ein Risiko der Exposition besteht oder nicht – möglichst verschwinden. Dazu hat die EU auch noch eigene neue Gefahrenklassen geschaffen. Und weil man erkennt, dass dann auch Verwendungen verboten sein werden, die wir als Gesellschaft doch nicht missen wollen, schafft man Ausnahmen für sog. "Essential Uses".

### >> TIEF IM CHEMIKALIENRECHT WILL MAN FESTLEGEN, WAS WICHTIG FÜR DIE GESELLSCHAFT ISTIK

Zum Mitschreiben: In den Tiefen des Chemikalienrechts möchte man in Zukunft festlegen, was für eine Gesellschaft essenziell ist und was nicht. Das PFAS-Restriktionsdossier gibt hier schon mal einen Vorgeschmack darauf, wie man versucht, in der Komplexität der Wertschöpfungsketten "herauszuregulieren", welche Nutzungen am Ende doch ganz wünschenswert wären und wieviel planwirtschaftliche Zeit man den Innovationsabteilungen lässt, um für Ersatz zu sorgen.

# >> DIE EU-TAXONOMIE REGULIERT NACHHALTIGKEIT IM KAPITALMARKT – PLANWIRTSCHAFT IN REINSTFORM!

• Sustainable Finance: Um den Kapitalmarkt dahingehend zu lenken, dass verstärkt in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten investiert wird, hat man auf EU-Ebene die Sustainable-Finance-Strategie auf den Weg gebracht. Und auch hier schlägt man den Weg der planwirtschaftlichen Mikroregulierung ein. Mit einer umfänglichen Taxonomie und weitreichenden technischen Dokumenten legt man haarklein fest (zumeist, ohne Wertschöpfungsketten in Gänze mitzudenken), welche Erfordernisse und Referenzwerte erfüllt sein müssen, damit eine wirtschaftliche Tätigkeit als Taxonomie-konform und damit als nachhaltiges Investment gilt – natürlich inklusive entsprechender aufwendiger Berichtspflichten. Der lang gehegte Streit, ob nun Atomkraft

und Erdgas auch nachhaltig sein können, spricht dabei für sich und legt relativ schonungslos die Problematik planwirtschaftlicher Instrumente offen: Wer den Plan schreibt, bestimmt, was nachhaltig ist und was nicht.

Die Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen – ob Grenzausgleichsmaßnahmen (CBAM), Verbrennerverbot oder die Kraftwerksstrategie, ob kleinteilige Produktvorgaben in der EU-Ökodesignverordnung oder die viel diskutierten Lieferkettennormen, wodurch man Unternehmen dazu verpflichtet, die eigenen Regulierungsparadigmen auch in Drittstaaten umzusetzen. So sehr man die Ziele jeder einzelnen Regulierung teilen kann und auch vielfach muss (wie z.B. keine Zwangsarbeit entlang der Lieferketten), verzetteln wir uns dabei in kleinteiliger Planwirtschaft, die nach dem 1. Satz der Bürokratiedynamik im Aufwand immer weiter steigt. Denn Markteingriffe führen in der Folge meist zu immer weiteren Eingriffen, um Fehlsteuerungen zu vermeiden oder nachzujustieren. Dies führt an manchen Stellen – wie der deutschen Energiepolitik – so weit, dass eben auch nur noch ein Eingriff wie der Industriestrompreis als Lösung übrigbleibt, um die Deindustrialisierung, beginnend bei der energieintensiven Industrie, aufzuhalten.

# >> MARKTEINGRIFFE FÜHREN MEIST ZU IMMER MEHR REGULIERUNG – DER 1. SATZ DER BÜROKRATIEDYNAMIK.«

Wir müssen daher endlich das neodirigistische Regulierungsparadigma durchbrechen und uns auf das besinnen, was den bisherigen Erfolg unseres Wirtschaftsmodells begründet hat: Gute Rahmenbedingungen, in denen Unternehmen im fairen Wettbewerb um die besten Technologien, Ideen und Lösungen prosperieren können. Hierfür haben sich die "Spielregeln" der Sozialen Marktwirtschaft als besonders erfolgreich herausgestellt – als Gegenmodell zu Turbokapitalismus einerseits und Planwirtschaft bzw. Sozialismus andererseits.

Der Staat schafft Leitplanken, gute Rahmenbedingungen und Infrastruktur – den Rest erledigen die Kräfte des Marktes. Dort wo Märkte "versagen" (aber nur dort!) greift der Staat mit zusätzlichen Regeln ein – z.B. mit dem Kartellrecht. Preise geben den Marktteilnehmern Signale, wo Bedürfnisse bestehen und wo nicht, Investitionen werden getätigt, weil Chancen auf Gewinne bestehen, wo weitere Bedürfnisse befriedigt wer-

den können. Innovationen sorgen für Verbesserungen – bei den Produkten, beim Umwelt- und Verbraucherschutz, bei den Produktionsfaktoren. Sie werden daher für eine gewisse Zeit vor Nachahmung geschützt, um den Innovatoren genügend Möglichkeiten zu bieten, ihre Investitionen zu amortisieren und Innovationen überhaupt erst erstrebenswert zu machen. Und so optimiert die "unsichtbare Hand" des Marktes die Wirtschaft, damit das produziert wird, was auch nachgefragt wird; und Besseres verdrängt Schlechteres. Bedürfnisse werden befriedigt (was sehr sozial ist) und zwar sehr viel effizienter, als es in planwirtschaftlichen Systemen jemals möglich ist.

# >> WIR MÜSSEN DEN KOMPASS WIEDER AUF "SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT" AUSRICHTEN!

Diese Rückbesinnung auf die Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft ist heute wichtiger und drängender denn je – wir müssen unseren Kompass wieder neu danach ausrichten. Mit wieder mehr Vertrauen in die Wirtschaft, mehr Freiheit für Unternehmerinnen und Unternehmer und einer Politik, die Vertrauber und einer Politik vertrauber der Vertrauber und einer Politik vertrauber der Vertrauber und einer Politik vertrauber und einer vertrauber u



änderung durch gute Rahmenbedingungen als Leitplanken unterstützt und möglich macht!

2023 war ein raben-2023 war ein raben-Schwarzes Jahr für 3000 Jahr für

2016 2017 2018 2019 2020

Auch wenn es erste Lichtblicke gibt, bleibt die Lage weiterhin fragil.

#### Wirtschaftliche Lage

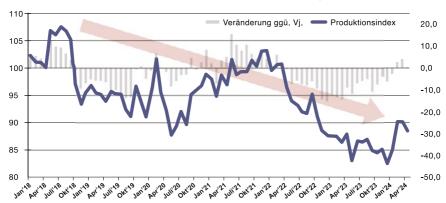
Die chemisch-pharmazeutische Industrie hat 2023 ein historisch schlechtes Jahr erlebt. Die Produktion sank bundesweit im Vergleich zu 2022 um 9 % – ohne Pharma sogar um gigantische 12 %. Dementsprechend ist auch der Umsatz im zweistelligen Bereich zurückgegangen (- 13,7 %). Trotz dieser erheblichen Einbußen konnte die Branche ihre Beschäftigtenzahl bundesweit bei ca. 480.000 Mitarbeitenden konstant halten.

#### >> 2023 WAR EIN RABENSCHWARZES JAHR FÜR UNSERE BRANCHEI«

Diese Zahlen spiegeln sich auch auf bayerischer Ebene wider: 2023 blieb hier die Produktion in der Chemie (ohne Pharma) sogar um 13,2 % hinter dem Vorjahr zurück. Mit Pharma hat die chemisch-pharmazeutische Industrie 2023 in Bayern um 5,4 % weniger produziert als im Jahr zuvor. Nach zwei Jahren preisgetriebener hoher Umsätze erlitt die Chemie in Bayern Einbußen in Höhe von 12,3 %, mit Pharma immer noch ein Minus von 5,9 %.

### Chemie und Pharma Deutschland - Produktion abgestürzt

Index der Produktion Chemie und Pharma Bund 2021 = 100 kalender- und saisonbereinigt



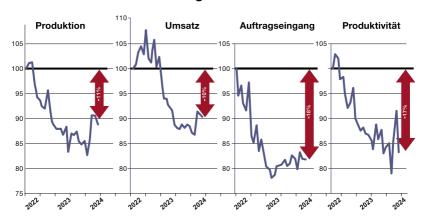
Quelle: Chemdata, Bayerische Chemieverbände

Zu Jahresbeginn 2024 gab es hingegen wieder kleinere Lichtblicke für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland. Produktion und Umsatz konnten im Vergleich zum enttäuschenden Schlussquartal 2023 wieder gesteigert werden. Gründe dafür waren eine gestiegene Nachfrage im außereuropäischen Ausland und leere Lager in den Kundenindustrien, die zu einem erhöhten Auftragseingang führten. Allerdings blieb die Industriekonjunktur in Deutschland und Europa insgesamt schwach.

# >> 2024 ZEIGT ERSTE KLEINERE LICHTBLICKE - DIE LAGE BLEIBT ABER FRAGIL.

Trotz der Trendumkehr zum Jahresbeginn und der zunehmenden wirtschaftlichen Impulse aus dem Ausland verdeutlicht der Vergleich wichtiger Kennzahlen zum Vorkrisenniveau, dass sich die Branche nach wie vor in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befindet. Eine nachhaltige Trendwende zeichnet sich noch nicht ab!

### Chemie und Pharma - wichtige Kennzahlen im Überblick



Index der Nettoproduktion, bis Apr. 24/ Umsatz nach fachl. Betriebsteilen, Wertindex, bis Apr. 24/ Auftragseingang, Volumenindex, bis Apr. 24/ Produktivität, Index bis März 24/ Monatsdaten, Index Jan 2022 = 100, kal.- und saisonsbereinigt. Quellen: Chemdata, BAVC

# » DIE STRUKTURELLEN PROBLEME AM STANDORT BLEIBEN: WIR SIND ZU TEUER, ZU KOMPLIZIERT, ZU LANGSAM!«

Die wirtschaftliche Situation der Branche bleibt daher weiterhin fragil. Deutschland ist und bleibt als Wirtschaftsstandort zu teuer, weshalb die Poli-

tik dringend die strukturellen Probleme am Standort angehen muss. Hier sind vor allem die im Vergleich zu hohen Energiekosten, Arbeitskosten, Steuerbelastungen und die erheblichen Komplexitätskosten durch Überregulierung zu nennen. All dies geht massiv zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit.

### » DIE WIRTSCHAFTLICHE ERHOLUNG VERZÖGERT SICH UND DIE RISIKEN BI EIBEN HOCH.«

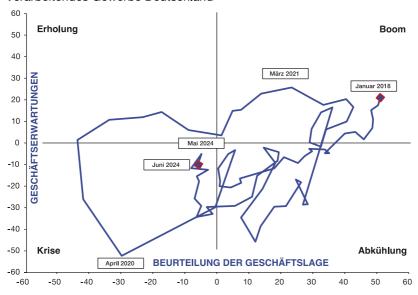
Dass sich die Erholung der deutschen Wirtschaft weiter verzögert und erhebliche Risiken bleiben, sieht auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Frühjahrsgutachten 2024 so. Die "Wirtschaftsweisen" gehen hier von einem mickrigen BIP-Wachstum von 0,2 % für das laufende Jahr aus.



Der Ausblick für das Gesamtjahr 2024 ist daher auch von Seiten der VCI-Volkswirte eher verhalten: Die Geschäfte bleiben schwierig. Für 2024 rechnet der VCI dank des besseren Jahresstarts mit einem Anstieg der Produktion um 3,5 %. Trotz rückläufiger Preise dürfte der Branchenumsatz in diesem Jahr um 1,5 % zulegen.

### ifo-Konjunkturtest

Verarbeitendes Gewerbe Deutschland



Quelle: ifo Konjunkturdaten, Chemdata, Bayerische Chemieverbände

Das Vergleichen

ist das Ende

ist das Ende

des Glücks und

der Anfang der

der Anfang der

Unzufriedenheit.

Unzufriedenheit.

\*Søren Kierkegaard

Hoffentlich hat die IGBCE
mit ihrer Forderung nach einer
Besserstellung ihrer Mitglieder
gegenüber der nichtorganisierten
Belegschaft nicht einen
fundamentalen Fehler
begangen.

#### **Tarifpolitik**

Die gesamte deutsche Wirtschaft – aber vor allem unsere Branche – steht gerade vor multiplen Herausforderungen. Wir haben nicht nur einen massiven wirtschaftlichen Abschwung erlebt. Unsere Branche befindet sich – wie die gesamte Wirtschaft – zudem mitten in einer Transformation und einem grundlegenden Strukturwandel. Um diesen historischen Umbruch zu ermöglichen, sind riesige Investitionen erforderlich. Diese Investitionen in den Standort Deutschland werden aber nur erfolgen, wenn der Standort Deutschland wieder international wettbewerbsfähig wird und damit eine Zukunft hat und die Transformation am Ende für Deutschland nicht zum größten Deindustrialisierungsprojekt aller Zeiten wird.

#### Szenenwechsel ...

"Ein Blick auf gut 20 Jahre Tarifgeschichte am Beispiel der Chemie zeigt: Die IGBCE hat beständig dafür gesorgt, dass Einkommen steigen, und zwar bedeutend oberhalb der Inflation. (...)"



Soweit ein Kommentar zu einer Grafik, mit der die IGBCE auf ihrer Homepage für ihre tariflichen Erfolge der letzten gut 20 Jahre wirbt. Das ist ihr gutes Recht, darauf kann sie stolz sein – das würden wir auch so machen. Und es zeigt vor allem, wie weit man als Sozialpartner auch ohne Krawall und Streiks kommen kann!

# DEUTSCHI AND IST DAS GEBOT DER STUNDE!

Daher stellt sich schon die Frage, ob angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und strukturellen Herausforderungen für die Chemie, bei der es für viele Unternehmen um die Zukunft am Standort Deutschland und damit auch um viele Arbeitsplätze geht, jetzt der richtige Zeitpunkt ist, die durch die Inflation geschmälerten "Wohlstandsgewinne" der letzten Jahre wieder herzustellen. Insbesondere, wenn diese Wohlstandsgewinne nicht mit entsprechenden Steigerungen der Produktivität verbunden sind.

Wenn man also eine hohe Lohnforderung vor allem mit der inflationären Entwicklung der Verbraucherpreise begründet, dann darf man eigentlich auch

### **TARIFPOLITIK**

die überproportionalen Reallohnsteigerungen in den Jahren der Niedrigstinflation sowie die sonstigen Erfolge der Tarifverhandlungen der letzten Jahre nicht vergessen.

Denn es geht jetzt vor allem um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit in der Transformation und in der Folge um die Zukunft für viele Unternehmen und Arbeitsplätze am Standort Deutschland! Nur wenn wir hier erfolgreich sind, werden wir als wettbewerbsfähiger Standort auch in Zukunft gemeinsam wieder "Wohlstandsgewinne" erarbeiten können!

Und bei dieser Gemengelage verwundert es dann schon, mit welcher Emotionalität und Drohkulisse die Forderung nach "tariflichen Regelungen für Wertschätzung und Besserstellung" der IGBCE-Mitglieder gegenüber der nichtorganisierten Belegschaft erhoben und ganz oben auf die Prioritätenliste gesetzt wurde.

Wo ist eigentlich die Motivation geblieben, sich aus innerer Überzeugung für eine Sache zu engagieren, selbst wenn andere ebenfalls davon profitieren? Ein persönliches Engagement für eine Sache, das am Ende jedes Ehrenamt auszeichnet und von dem unsere Gesellschaft insgesamt und letztendlich auch unsere Sozialpartnerschaft lebt. Ein Engagement mit Stolz auf das – ohne Konfrontation und Krawall (!) – Erreichte und ohne dauernden Vergleich mit nicht gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen, die dann als "Schwarz- und Trittbrettfahrer" abqualifiziert werden, obwohl sie nur ihr verfassungsmäßiges Recht auf negative Koalitionsfreiheit wahrnehmen.

### »DER TOD EINES JEDEN GLÜCKS IST DER VERGLEICH!«

"Das Vergleichen ist das Ende des Glücks und der Anfang der Unzufriedenheit" wusste schon der dänische Philosoph Søren Kierkegaard. Und diese Unzufriedenheit führt dazu, dass manche sogar offen mit dem Gedanken gespielt haben, unsere besondere Sozialpartnerschaft in Frage zu stellen! Sich als Gewerkschaft den offenbar schwindenden eigenen Idealismus vom Sozialpartner auf Arbeitgeberseite kompensieren zu lassen – auf diese Idee muss man erst mal kommen! Hoffentlich hat die IGBCE hier nicht einen fundamentalen Fehler begangen.

Dass die von Hermann Rappe und Karl Molitor begründete besondere Sozialpartnerschaft in der Chemie ein hohes Gut ist, dessen Wert man sich immer wieder bewusst machen muss, war bisher beiden Seiten immer klar. Ich erinnere nur an den sog. "Wittenberg-Prozess", der nicht nur ein Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft war, sondern auch das Ziel hatte, dieses Bewusstsein für den Wert der besonderen Sozialpartnerschaft der Chemie in die nächste Generation zu tragen. Dafür standen 2008 sowohl Hubertus Schmoldt und Eggert Voscherau als auch später, mit der "Mainzer Erklärung" im Jahr 2016, Michael Vassiliadis und Margret Suckale. Und natürlich auch Kai Beckmann.





### >> DIE SOZIALPARTNERSCHAFT IST EIN HOHES GUT, MIT DEM MAN NICHT LEICHTFERTIG SPIELT!

Denn am Ende geht es um das gemeinsame Erfolgsmodell, mit dem wir seit Jahrzehnten unsere Herausforderungen gemeinsam meistern: Es geht um "Konsens statt Konfrontation und Krawall", der nicht nur den Betriebsfrieden und mit kostenflexiblen Tarifverträgen die Wettbewerbsfähigkeit sichert, sondern auch zu den Erfolgen führt, mit denen die IGBCE auf ihrer Homepage wirbt. Und zwar ohne Streik!

Mit dem aktuellen Tarifabschluss und der darin vereinbarten Besserstellung für Gewerkschaftsmitglieder ist die Arbeitgeberseite weit über ihren Schatten gesprungen und hat ein starkes Signal der Wertschätzung der IGBCE-Gewerkschaftsarbeit gesendet. Erhebliche Zweifel, ob dies der richtige Weg ist, die Sozialpartnerschaft zu fördern und für mehr Tarifbindung auf beiden Seiten zu sorgen, bleiben. Gleichzeitig haben sich beide Seiten – nicht zuletzt auch dadurch, dass die gekündigte Schlichtungsregelung wieder unverändert in Kraft gesetzt wurde – weiterhin eindeutig für die besondere Sozialpartnerschaft und für Konsens statt Konfrontation und Krawall entschieden.

Jeder der zukünftig glaubt, daran rütteln zu müssen, sollte sich der Folgen und seiner persönlichen Verantwortung für die einzigartige Sozialpartnerschaft in der Chemie als Erfolgsmodell, um das uns viele andere Branchen beneiden, bewusst sein!

Wir brauchen mehr und nicht weniger Arbeit.

Arbeit sichert Wohlstand,
Arbeit integriert Menschen in
die Gesellschaft, Arbeit gibt
Sicherheit und Arbeit
verhindert sozialen Abstieg

#### "Heute liefern und für morgen vorsorgen" -

So lautete der Titel des letzten Arbeitsprogramms der EU-Kommission im Jahr der Europawahl 2024. "Heute liefern und für morgen vorsorgen" – sollte die Maxime für die gesamte Sozialpolitik sein. Aus Sicht der Chemiearbeitgeber wird aber sowohl von Europa als auch vom Bund das Falsche, zu wenig, zu bürokratisch bzw. nichts geliefert.

Der Blick auf das vergangene Berichtsjahr ist deshalb von Enttäuschung und von Stillstand geprägt. Für Europa werden in diesen Tagen die Weichen neu gestellt, für Deutschland stehen die Reformen nach wie vor aus.

#### Europa

Für die Unternehmen der chemischen Industrie, ist ein starkes und geeintes Europa mit einer starken Wirtschaft existentiell. Europa muss seine strategische Wettbewerbsfähigkeit stärken, den Fachkräftemangel bewältigen und den Binnenmarkt durch funktionierende Arbeitsmobilität vollenden.

Hierfür muss zu allererst die Bürokratie abgebaut werden. Dass dies kurzfristig möglich ist, zeigt sich am Beispiel der Agrarpolitik. Auch in der Industriepolitik muss wieder ein Sinn für Realität und Machbarkeit Einzug halten.

# >> STATT KLEINTEILIGER REGULIERUNG IST ECHTE FORTSCHRITTSPOLITIK ERFORDERLICH.

Die EU braucht einen neuen Realitätssinn für die Regeln der Wirtschaft und für die europäische Sozialpolitik: Ohne wettbewerbsfähige Unternehmen gibt es keine guten Arbeitsplätze, keine stabilen Sozialsysteme und keine notwendigen Investitionen in den Strukturwandel. Europa wird gebraucht, aber es muss sich ändern. Exemplarisch sind hier zu nennen:

- Bei der Entsendung von Beschäftigten ist ein einheitliches Entsendemeldungssystem mit vereinfachten Informationspflichten einzuführen statt kleinstaatlicher komplexer Entsendeformalitäten. Dienstreisen müssen ohne ausgedruckte "Kopie" der A1-Bescheinigung möglich sein. Hier zeichnen sich mit der digitalen Entsendemeldung erste Fortschritte ab.
- Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Probleme bei Homeoffice in der EU sind zu bereinigen.

- Der Bürokratiedschungel mit langwierigen Verwaltungsverfahren bei der Beschäftigung von Fachkräften außerhalb der EU schadet der Attraktivität der EU.
- Immer mehr und aufwändigere Berichtspflichten behindern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. So sind bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung ca. 400 Datenpunkte allein im sozialen Bereich zu erfassen. Dies ist für die automatische Auswertung nutzlos und führt nicht zu mehr Nachhaltigkeit. Unter dem Dach von Chemie<sup>3</sup> erarbeiten BAVC, IGBCE und VCI derzeit ein Unterstützungsangebot für Chemieunternehmen zur Berichterstattung nach CSRD und EU-Taxonomie.
- Lieferkettenvorgaben haben praxistauglich, zielgerichtet und effizient zu sein. Die Richtlinie ist hochproblematisch und birgt das große Risiko, die Wirtschaft bürokratisch zu überfordern. Sie schafft keinen Mehrwert für Menschenrechte und lediglich mehr Unsicherheit für die deutsche Wirtschaft.
- Auch der Kommissionsvorschlag für die Überarbeitung der Richtlinie über Europäische Betriebsräte ist überflüssig und gefährlich. Die unternehmerische Handlungsfreiheit darf durch Betriebsratsarbeit nicht eingeschränkt werden. Der Europäische Betriebsrat darf nicht von einem Gremium der Information und Konsultation zu einem Gremium der Mitbestimmung mutieren.
- EU-Richtlinien sind in Deutschland 1:1 umzusetzen.

Zur Erreichung dieser Ziele vertreten wir diese Anliegen unserer Mitgliedsunternehmen in den Interessenvertretungen von vbw, BAVC und BDA auf europäischer Ebene.

>> JEDEN TAG, AN DEM WIR NICHTS TUN,
GEHT WOHLSTAND IN DEUTSCHLAND VERLOREN.

#### Deutschland

Drei verlorene Jahre in der Sozialpolitik? Themen wie zukunftsfähige Rentenpolitik, innovative Regelungen zur Arbeitszeit, effektiver Bürokratieabbau und schneller Ausbau der Digitalisierung für mehr Wettbewerbsfähigkeit so-

wie zur Unterstützung der Transformation werden von der Ampelregierung vernachlässigt, falsch priorisiert oder ganz liegengelassen.

Anstatt Cannabis und gendergerechte Sprache in den Mittelpunkt der Politik zu stellen, sind schnellstens praktikable und unbürokratische Entscheidungen zu Bürokratieabbau, Fachkräftemangel und Senkung der Sozial- und Arbeitskosten zu treffen, um das Ruder noch herumzureißen.

#### Bürokratieabbau

Bürokratie ist eines der größten Hemmnisse und oft der Grund, warum sich Unternehmen gegen unseren Standort entscheiden. Nach über einem Vierteljahr hat sich die Koalition nunmehr geeinigt, das 4. Bürokratieentlastungsgesetz mit ersten sinnvollen Regelungen wie Erleichterungen beim Nachweisgesetz – Textform statt Schriftform – auf den Weg zu bringen. So wäre es jetzt angebracht, das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz auszusetzen und die Umsetzung der europäischen Richtlinie abzuwarten. Angesichts der Gesamtbelastung der Wirtschaft durch Bürokratie ist die Entlastung im mittleren dreistelligen Millionenbereich verschwindend gering, zumal bereits an anderer Stelle vorgesehen ist, wieder Bürokratie aufzubauen. Die Devise muss lauten: schneller, digitaler und einfacher.

# >> WIR BRAUCHEN EIN STOPPSCHILD FÜR JEDWEDE ZUSÄTZLICHE REGULIERUNG UND BELASTUNG.«

So plant die Ampelregierung neue Vorschriften zum Beschäftigtendatenschutz, zur Betriebsrätevergütung, zur Arbeitszeiterfassung und zur Reform der Betriebsverfassung, die allesamt mehr Kosten oder Bürokratie, im schlimmsten Fall beides, für die Unternehmen bringen werden.

#### Fachkräftemangel

Der demografische Wandel schreitet weiter voran. Wenn dann noch die Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren in den Ruhestand geht, verlieren die Unternehmen pro Jahr viele ihrer qualifiziertesten Beschäftigten, da jedes Jahr 500.000 mehr Menschen in Rente gehen, als neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Hinzu kommt, dass die Deutschen pro Kopf seit der Wiedervereinigung noch nie so wenig gearbeitet haben wie

im Jahr 2023 – nämlich 36,3 Stunden pro Kopf und Woche, statt 38,5 im Jahr 1991 – und dies trotz 5,5 Mio. mehr Beschäftigter. Die Deutschen müssen wieder mehr arbeiten, Deutschland braucht Lust auf mehr Leistung.

Richtig ist die Forderung der FDP, die abschlagsfreie Frührente, also die sogenannte Rente ab 63, abzuschaffen. Fachkräftepotenziale müssen wir mit den richtigen Rahmenbedingungen heben. So sind bessere Bildungsangebote bereitzuhalten, Anreize zu schaffen, damit Ältere länger arbeiten. Wer kann, soll dürfen! Hierzu sind nicht die sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen anzupassen, sondern es ist auch das Vorbeschäftigungsverbot bei Befristungen zu streichen. Die Ganztagsbetreuung für Kinder ist auszubauen, damit Frauen ihrem Wunsch nach Erhöhung der Teilzeit und mehr Arbeitsstunden nachgehen können.

## » DEUTSCHLAND DISKUTIERT ZU WENIG ÜBER DEN WERT VON ARBEIT.«

Im Rahmen der Migration von qualifizierten Beschäftigten aus dem Ausland sind mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz erste Verbesserungen geschaffen worden. Den schwachen mittelfristigen Wachstumsaussichten durch Fach- und Arbeitskräftemangel muss deshalb auch durch den Ausbau des Arbeitsvolumens gezielt entgegengewirkt werden.

### Senkung der Sozial- und Arbeitskosten

Die Wertschätzung von Arbeit muss wieder steigen, um die Sozialund Arbeitskosten zu senken. Unser Sozialstaat ist aufgebläht und muss treffsicherer werden. So muss insbesondere die Altersvorsorge generationengerecht weiterentwickelt werden. Die Rentenpolitik der letzten Jahre war maßgeblich durch Leistungsausweitungen und Generationenungerechtigkeit geprägt. Mit dem vorgelegten Rentenpaket II, dem teuersten Sozialgesetz dieses Jahrhunderts, setzt die Ampel-Koalition diesen Kurs fort.

Nach wie vor fehlt es an Reformmaßnahmen, die eine verlässliche Versorgung bei einer generationengerechten Finanzierung sicherstellen. So ist aus unserer Sicht der Vorsorgemix, der die drei Säulen - gesetzliche Rente, betriebliche und private Altersvorsorge - berücksichtigt, säulenübergreifend konsequent weiterzuentwickeln.

Wer mehr in der Tasche hat, kann auch mehr ausgeben und mehr investieren. Dies gilt nicht nur für den einzelnen Arbeitnehmer, sondern auch für den Staat. Deshalb wären Steuererleichterungen für Menschen, die mehr arbeiten wollen, und weniger Anreize für Menschen, die weniger arbeiten wollen, sinnvoll.

# >> MEHR NETTO VOM BRUTTO SCHAFFT AUCH MEHR LUST AUF ARBEIT.«

Grundsätzlich gilt am Arbeitsmarkt, wie in jedem Lebensbereich: Wer mehr leisten soll, dessen Leistung sollte sich auch mehr lohnen. Wer, wie die Politik zuletzt, durch die Erhöhung des Bürgergelds, durch die Ausweitung der Zeiterfassungspflicht (auch auf Menschen, die ihre Arbeitszeit gar nicht erfassen wollen) und durch die beständige Weigerung, die Infrastruktur zur Unterstützung arbeitswilliger Eltern ernsthaft auszubauen, Leistung konterkariert, darf sich nicht wundern, wenn die Bereitschaft zu arbeiten abnimmt.

## **Ausblick**

Die Unternehmen der chemischen Industrie haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, da Realitätsverweigerung keinen Lösungsweg darstellt. Aber je länger wir die erforderlichen Renovierungsarbeiten nicht nur für die Infrastruktur, sondern auch für den Sozialstaat hinauszögern, desto mehr verliert er an Wert, an Wettbewerbsfähigkeit und an Wohlstand. Deshalb ist Eile geboten. Wir müssen jetzt handeln. Alleinige Erkenntnis reicht nicht!

Wir blicken stolz auf 75 Jahre Grungesetz und damit auch auf 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft zurück. Diese war ein Erfolg, weil wir eine arbeitende Gesellschaft waren. Vollkaskomentalität und Work-Life-Balance schaffen keinen Wohlstand!



## **Bildungspolitik**

Die Ergebnisse der PISA-Studien (Programme for International Student Assessment) zeichnen ein besorgniserregendes Bild. Im internationalen Vergleich schneiden deutsche Schüler in Mathematik, Naturwissenschaften und Lesekompetenz nur mittelmäßig ab. Die deutsche Bildungslandschaft steht also unzweifelhaft vor gewaltigen Herausforderungen – die Debatte um die Qualität und Zukunft des Bildungssystems ist in vollem Gange.



# >> DEUTSCHE PISA-ERGEBNISSE FALLEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH AB.«

Um die deutsche Bildungslandschaft zu verbessern, bedarf es einer Vielzahl von Maßnahmen. Bereits im Kindesalter müssen die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn gelegt werden - nicht zuletzt mit einer qualitativ hochwertigen Frühförderung. Denn Bildung - und naturwissenschaftliche Bildung im Besonderen – ist von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche Teilhabe, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und den Umgang mit globalen Herausforderungen.

# >> MINT-BILDUNG IST VON ENTSCHEIDENDER BEDEUTUNG FÜR DIE GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE.«

So bringt Bildung uns nicht nur bei zu lesen, zu schreiben, zu rechnen und kritisch zu denken. Sie legt damit die Basis, um an gesellschaftlichem Diskurs und politischen Prozessen teilnehmen zu können und bessere Entscheidungen zu treffen. Außerdem kann Bildung Menschen helfen, ihre Lebensumstände zu verbessern und sorgt für mehr Gerechtigkeit. Sie fördert auch das Verständnis und den Respekt für verschiedene Kulturen. Und nicht zuletzt sind Bildung und eine informierte wie auch kritische Öffentlichkeit der beste Schutz vor Phänomenen wie "Fake News".

Und gerade die naturwissenschaftliche Bildung spielt hierbei eine entscheidende Rolle, da sie Menschen befähigt, wissenschaftliche Fakten von Fiktionen zu unterscheiden und komplexe Zusammenhänge zu verstehen. Dies ist besonders wichtig in Gesundheitsvorsorge, Umweltpolitik und technologischer Entwicklung, wo Fehlinformationen schwerwiegende Folgen haben können. Durch die Förderung wissenschaftlicher Kompetenzen hilft insbesondere naturwissenschaftliche Bildung ebenfalls, die Verbreitung von Fake News einzudämmen und eine informierte Gesellschaft zu fördern.

# >> FACHKRÄFTEMANGEL STELLT IN VIELEN BRANCHEN UND REGIONEN EIN DRÄNGENDES PROBLEM DAR.

Aber natürlich legt Bildung auch den Grundstock für das Entdecken von individuellen Fertigkeiten und Stärken sowie auch besonderen Interessen – und legt damit ganz entscheidend die Basis für berufliche Orientierung. Gerade auch, um den dringenden Bedarf an Fachkräften im naturwissenschaftlichen Bereich zu decken, muss Bildung die Begeisterung für MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) möglichst bereits im frühen Kindesalter wecken.

Eine frühe Förderung in diesem Bereich legt den Grundstein für das Verständnis komplexer Zusammenhänge und fördert das Interesse an naturwissenschaftlichen Themen. Bildung spielt somit auch eine entscheidende Rolle, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, indem sie zukünftigen Generationen die nötigen Fähigkeiten und Qualifikationen vermittelt, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden.

Diese fundamentale Bedeutung von Bildung ist auch unserer Branche bewusst. Die chemische Industrie in Bayern, unterstützt durch die Bayerischen Chemieverbände, engagiert sich daher umfassend in der Bildungsförderung. Durch ihre vielfältigen Initiativen tragen die Verbände dazu bei, junge Menschen für die Naturwissenschaften zu begeistern und den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Diese Bemühungen sind entscheidend für eine nachhaltige und erfolgreiche Zukunft, in der Wissenschaft und Technologie eine immer wichtigere und tragende Rolle spielen.

## Das Engagement der Bayerischen Chemieverbände

Die Bayerischen Chemieverbände setzen sich intensiv für die Förderung naturwissenschaftlicher Bildung ein. Sie unterstützen zahlreiche Bildungsinitiativen und Projekte, die darauf abzielen, junge Menschen für die Naturwissenschaften zu begeistern und ihnen eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu ermöglichen. Durch Kooperationen mit Schulen und Hochschulen tragen die Verbände dazu bei, praxisnahe und zukunftsorientierte Bildungsangebote zu schaffen. Dies sind wichtige Ansatzpunkte, um die Zukunftsfähigkeit des Standorts Bayern zu sichern und potentielle Nach-

wuchskräfte für naturwissenschaftliche und technische Studiengänge und Berufe zu gewinnen.

# » DIE BAYERISCHEN CHEMIEVERBÄNDE SETZEN SICH INTENSIV FÜR DIE FÖRDERUNG NATURWISSENSCHAFTLICHER BILDUNG EIN.«

Nachfolgend finden Sie eine Übersicht über einige der wichtigsten Aktivitäten unseres Verbandes:

## Teilnahme an "MINT Zukunft schaffen"

Die Bayerischen Chemieverbände engagieren sich intensiv in der Initiative "MINT Zukunft schaffen", die sich auf Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik fokussiert. Durch diese Teilnahme fördern wir den Nachwuchs in diesen Schlüsselbereichen und tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands langfristig zu sichern.

## Schülertage an Universitäten und Hochschulen

Ein Highlight unseres Engagements war und ist die Organisation von Schülertagen an allen bayerischen Universitäten und Hochschulen mit Chemieausbildung. Diese Veranstaltungen bieten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, Einblicke in die Welt der Chemie zu gewinnen, Labore zu besichtigen und an spannenden Experimenten teilzunehmen.

## Lehrerseminare und Lehrerausbildung

In Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und dem Verband der Chemielehrer (VCRB) werden zahlreiche Lehrerseminare durchgeführt. Diese Seminare zielen darauf ab, Lehrerinnen und Lehrer auf dem neuesten Stand der chemischen Wissenschaften und Didaktik zu halten. Besondere Programme wie die Lehreraus-



bildung für Referendare an der LMU und spezielle Lehrerweiterbildungen wie "Kunos coole Kunststoffkiste" und die "Chemiekiste" sind nur einige Beispiele für unser Engagement.

## Sponsoring des Kompendiums der Akademie Dillingen

Wir sponserten das Kompendium "Chemie! Aber sicher!" der Akademie Dillingen, das sich mit Sicherheit im Chemieunterricht befasst und wichtige Richtlinien für den sicheren Umgang mit Chemikalien und Laborgeräten bietet.

## MINT-Unterstützung

Unser Engagement in der MINT-Förderung umfasst die Bereitstellung von Sachmitteln für Schulen, die Unterstützung von Schülerlaboren, die Organisation von Science-Slams und Exkursionen sowie die Durchführung von Fachschaftstagungen und Forschungskolloquien. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, das Interesse an naturwissenschaftlichen Fächern zu wecken und die wissenschaftliche Neugier zu fördern.

## Unterstützung von Wettbewerben

Wir unterstützten verschiedene Wettbewerbe, darunter die Chemie-Olympiade, "Chemie – die stimmt", "Jugend forscht", "Go Biochem" und "Experimente antworten". Diese Wettbewerbe bieten jungen Talenten eine Plattform, um ihre Fähigkeiten zu zeigen und weiterzuentwickeln.

## Ausbildungsinitiativen



Mit Initiativen wie ElVi und dem Azubi-Blog setzen wir uns für die berufliche Ausbildung junger Menschen ein. Diese Programme bieten Einblicke in verschiedene Ausbildungsberufe in der Chemiebranche und unterstützen die Azubis während ihrer Ausbildungszeit.

## Teilnahme an Messen

Die Bayerischen Chemieverbände nahmen auch an zahlreichen Berufs-, Azubi- und Studienmessen teil. Diese Veranstaltungen sind wichtige Plattformen, um Schülerinnen und Schüler über Karrieremöglichkeiten in der Chemiebranche zu informieren und Firmen zu ermöglichen direkt mit potenziellen Nachwuchskräften in Kontakt zu treten.

## Mitmachmesse FORSCHA

Auf der Mitmachmesse FORSCHA werden interaktive Stände präsentiert, an denen Kinder und Jugendliche selbst experimentieren und die faszinierende Welt der Chemie entdecken können. Diese praktische Herangehensweise fördert das Interesse und Verständnis für naturwissenschaftliche Phänomene.

## Förderung der dualen Ausbildung

Und auch im Bereich der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung sind die Bayerischen Chemieverbände aktiv. Sie fördern die duale Ausbildung und bieten zahlreiche Fortbildungsprogramme an, um die Fachkräfte von morgen zu qualifizieren.

# >> EINE INVESTITION IN DIE BILDUNG IST AUCH EINE INVESTITION IN DIE ZUKUNFT.«

Die Bayerischen Chemieverbände haben also auch im vergangenen Jahr wieder zahlreiche Projekte und Initiativen unterstützt, um die Bildung im Bereich Chemie und Naturwissenschaften zu fördern. Durch unsere vielfältigen Aktivitäten tragen wir dazu bei, die nächste Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu inspirieren und auszubilden. Wir danken allen Beteiligten für ihre Unterstützung bei dieser so wichtigen Basisarbeit und freuen uns auf ein weiteres erfolgreiches Jahr der Zusammenarbeit.

Durch die Förderung von MINT-Kompetenzen vom Kindesalter an, die Stärkung von Forschung und Lehre sowie die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen kann es gelingen, die Herausforderungen des Fachkräftemangels zu bewältigen und gleichzeitig die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Gesellschaft zu stärken.

Eine Investition in die Bildung ist somit auch eine Investition in die Zukunft!

Pharma ist eine Leitökonomie in Bayern!

Wir müssen dieses Asset nutzen - und den Forschungsund Produktionsstandort Bayern weiter stärken.

## **Pharmastandort Bayern**

Die pharmazeutische Industrie ist in Bayern stark vertreten und spielt in vielerlei Hinsicht eine zentrale Rolle, nicht nur im Gesundheits-, sondern auch im Wirtschaftssystem Bayerns und Deutschlands. So entwickelt und produziert die Pharmaindustrie neue, innovative Arzneimittel, stellt aber auch bewährte Therapien für die Grundversorgung bereit. Damit werden erkrankte Menschen behandelt, ihr Gesundheitszustand und so auch ihre Lebensqualität und ihre Erwerbsfähigkeit verbessert bzw. wiederhergestellt.

Die Erforschung, Entwicklung und Produktion von Arzneimitteln sowie die daraus entstehende Wertschöpfung leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur bayerischen Wirtschaft. Die pharmazeutische Industrie zeichnet sich also durch einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen aus und ist essenziell für wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand.

# DIE PHARMAINDUSTRIE IST EINE LEITÖKONONOMIE IN BAYERN – DIE HERAUSFORDERUNGEN SIND ABER GROSS.«

Doch steht die Branche vor großen Herausforderungen. Obgleich die Bedeutung der Pharmaindustrie für die Gesellschaft erkannt wurde, blieb – bis auf wenige Ausnahmen im Zuge des Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetzes (ALBVVG) – das zur Begrenzung der GKV-Ausgaben 2010 gesetzlich in Kraft getretene Preismoratorium erhalten. Das Ziel, Lieferengpässe zu reduzieren, hat das ALBVVG verfehlt. Versorgungsengpässe, vor allem bei Generika, bestehen immer noch – denn der Kostendruck ist extrem hoch.

Doch auch die Versorgung mit innovativen, patentgeschützten Arzneimitteln ist von preisregulierenden Maßnahmen wie den sog. "Leitplanken" betroffen. Diese führten in letzter Zeit immer häufiger dazu, dass Arzneimittel in Deutschland aus dem Verkehr genommen wurden bzw. gar nicht erst auf den deutschen



Markt kamen. Bürokratie, aufwändige Formalitäten und langwierige Prozesse in der klinischen Forschung sind weitere Hürden, die speziell den deutschen Raum betreffen – und in Folge potenziell nicht nur die Verfügbarkeit neuartiger Therapien wie Gen- und Zelltherapeutika oder Arznei-

mittel für seltene Erkrankungen beeinträchtigen, sondern auch wichtige Schrittinnovationen in der Arzneimittelentwicklung erschweren. Damit verringert sich weiterhin die Verfügbarkeit neuer therapeutischer Optionen, die die Leiden (schwer) erkrankter Menschen lindern oder sogar heilen könnten.

# >> WO DER MARKTZUGANG SCHLECHT IST, WIRD NICHT GEFORSCHT, NICHT PRODUZIERT, NICHT INVESTIERT!

Durch die in der Folge verstärkte Investition in andere Märkte nimmt die Konzentration der Produktion außerhalb Europas zu, werden internationale Abhängigkeiten mit weitreichenden Folgen geschaffen, die wir aus dem vergangenen Jahr bereits kennen. Lieferengpässe bei Antibiotika und Fiebersäften für Kinder seien hier als Beispiele genannt, die auch bei der Politik eine Reaktion hervorriefen – und 2022 in Bayern zur Gründung der "Task Force Arzneimittelversorgung" führten, die auch im Winter 2023 wieder mit Beteilung der Verbände tagte. Besonders in Zeiten geopolitischer Krisen birgt dieses Szenario das Risiko strategischer und technologischer Abhängigkeiten – für die gesamte Gesellschaft, deren Gesundheit und Resilienz die Basis einer erfolgreichen Volkswirtschaft sind.

Die gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaftliche Bedeutung einer in Europa bzw. Deutschland forschenden, produzierenden und investierenden Pharmaindustrie wurde jedoch erkannt: Das geplante EU-Pharma-Paket, dessen Inhalt Vertreter der Pharmainitiative Bayern und der Verbände im Februar 2024 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel mit Abgeordneten des Europaparlaments und Vertretern der Europäischen Kommission im Rahmen eines Fachgesprächs intensiv diskutiert hatten, soll die Hürden am Standort Europa verringern.



Und mit der nationalen Pharmastrategie, die am 13.12.2023 vom Bundeskabinett beschlossen wurde – und in welcher sich wichtige Impulse aus Bayern wiederfinden – legte die Bundesregierung einen Aktionsplan vor, der den Pharmastandort Deutschland wieder attraktiver machen soll. Erste Ergebnisse

zeigen sich in den neuen Digitalgesetzen (Digital-Gesetz, DigiG; Gesundheitsdatennutzungsgesetz, GDNG), die die Digitalisierung im Gesundheitssystem vorantreiben sollen. Das Medizinforschungsgesetz (MFG)

soll über Ausnahmeregelungen die o.g. Leitplanken adressieren, die Zulassung von Studien vereinfachen und Bürokratie in der klinischen Forschung abbauen.

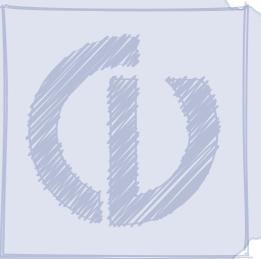
# DES PHARMASTANDORTES SIND NÖTIG!

Die Aktivitäten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pharmaproduktion werden dabei kraftvoll aus Bayern heraus unterstützt und vorangetrieben. Im Rahmen des Expertendialogs Arzneimittel sind die Pharmainitiative Bayern, die Fachverbände sowie der VCI-LV regelmäßig im engen Austausch mit dem bayerischen Gesundheits- sowie dem Wirtschaftsministerium. Ein echtes Best-Practice-Beispiel für ein erfolgreiches Austauschformat, in welchem auf Augenhöhe und im konstruktiven Dialog die gemeinsamen Ziele verfolgt werden: die Stärkung des Forschungs- und Produktionsstandorts Bayern und der bayerischen Gesundheitswirtschaft sowie eine zukunftssichere Arzneimittelversorgung für die Menschen im Freistaat. Dazu wurden Schwerpunkte, Ziele und Maßnahmen in einer gemeinsamen Erklärung ausformuliert, die am 29.07.2024 auf dem Bayerischen Pharmagipfel von den Ministerien zusammen mit der Pharmainitiative Bayern und den beteiligten Verbänden verabschiedet wird.

Die Akteure blicken bereits auf eine langjährige konstruktive Zusammenarbeit zurück: Am 24.11.2023 feierte die Pharmainitiative Bayern gemeinsam mit über 100 Partnern aus Politik und Gesundheitswesen ihr 10-jähriges Jubiläum – und wagte einen hoffnungsvollen Ausblick auf die Zukunft des Pharmastandorts Bayern.



Die Wahrung der Interessen der Branche Jelingt nur gemeinsam.



Die wirtschaftlichen, demographischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen erschweren die Arbeit in den Personalabteilungen.



## Aus der Arbeit des VBCI

Der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie (VBCI) vertritt die tarif-, arbeits- und sozialpolitischen Interessen der chemischen Industrie in Bayern. Unser Ziel als Arbeit-

geberverband ist es, im Rahmen von Gesprächen und Verhandlungen mit der IGBCE wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für unsere Mitgliedsunternehmen in Bayern und Deutschland zu schaffen. Zu den Aufgaben des Verbandes gehören die arbeitsrechtliche und tarifrechtliche Beratung und Prozessvertretung unserer Mitglieder durch unsere Rechtsabteilung, welche in Verhandlungen mit Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern in den Betrieben sowie vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten und dem Bundesarbeitsgericht die Interessen unserer Firmen vertritt. Unsere Mitarbeiter sowie viele der Personalleiter und Geschäftsführer unserer Unternehmen sind ehrenamtliche Richter bei Arbeits- und Sozialgerichten bis hin zum Bundesarbeitsgericht. Wir vertreten unsere Mitglieder beim Deutschen Juristentag, bei der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, dem Bundesarbeitgeberverband Chemie und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Unsere Rechtsabteilung ist beratend an deutschen und europäischen Gesetzgebungsverfahren beteiligt.

## >> RECHTSBERATUNG UND INTERESSENSVERTRETUNG <<

## Entwicklungen in der Rechtsabteilung

Die künstliche Intelligenz macht auch vor der Arbeit der Rechtsabteilungen nicht halt.

Bereits seit Jahren werden in der täglichen Rechtsberatung juristische Fachdatenbanken sowie Software zur digitalen Dokumentenverwaltung und elektronischen Kommunikation mit Mitgliedsfirmen und Gerichten verwendet.

Befragt man ChatGPT, wie die künstliche Intelligenz zukünftig die Arbeit der Rechtsabteilungen von Verbänden unterstützen wird, so erhält man umfangreiche Einsatzideen, von der Automatisierung von Arbeitsverträgen und arbeitsrechtlichen Dokumenten über die Beratung und Schulung von Mitgliedern bis zur Nutzung von künstlicher Intelligenz zur Beantwortung von Standardfragen.

Aktuell arbeiten wir in Arbeitsgruppen gemeinsam mit dem BAVC und der BDA an Wegen, wie Legal Tech in die Arbeit der Rechtsabteilung von Verbänden am sinnvollsten integriert werden kann.

Die Anbieter im Bereich Legal Tech können es ermöglichen, auf Basis von auf das Arbeitsrecht zugeschnittenen juristischen Datensätzen, in Verbindung mit individuellen Verbandsdatensätzen (Tarifinformationen), umfangreiche Dienstleistungen zu erbringen.

# >> LEGAL TECH WIRD DIE RECHTSBERATUNG REVOLUTIONIEREN.

Dies wird es uns in relativ kurzer Zeit ermöglichen, den Mitgliedsfirmen zusätzliche Serviceangebote unter Anwendung von Legal Tech zu unterbreiten:

- Beantwortung komplexer Rechtsfragen
- Erstellung von Entwürfen zu Arbeitsverträgen und Betriebsvereinbarungen
- Überprüfung von Vertragsklauseln
- · Berufs- und datenschutzrechtliche Anonymisierung von Daten
- Zusammenfassung von Urteilen und Aufsätzen in leicht verständlicher Form
- Prognose von Prozessausgängen

Die nächsten Monate werden davon geprägt sein, die technischen Gegebenheiten weiter zu analysieren und bestmögliche Anwendungsoptionen für die Beratung unserer Mitglieder zu erarbeiten.

## Arbeit der Rechtsabteilung

Neben der täglichen Beratung der Personalabteilungen zu tarifrechtlichen, arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Fragestellungen und der Vertretung der Mitgliedsfirmen vor den bayerischen Arbeits- und Sozialgerichten standen mehrere zentrale Themen im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Die Legalisierung von Cannabis zum 01. April 2024 stellt nicht nur große Teile der deutschen Bevölkerung, sondern auch unsere Mitgliedsfirmen vor neue Herausforderungen. Mit dem Gesetz zum Umgang mit Konsumcannabis wurde unter anderem der private Eigenanbau durch Erwachsene zum Eigenkonsum sowie der gemeinschaftliche, nicht-gewerbliche Eigenanbau von Cannabis in Anbauvereinigungen legalisiert.

## >> RECHT AUF RAUSCH ... <<

In der Beratung unserer Mitgliedsfirmen musste geklärt werden, ob der Arbeitgeber den Cannabiskonsum im Kontext der Erbringung der Arbeitsleistung

verbieten kann, wie sich die Rechtslage darstellt, wenn in Bezug auf Cannabis bisher keine ausdrücklichen Regelungen im Betrieb getroffen wurden, welche Mitbestimmungsrechte der Betriebsrat hat und wie Cannabis beim Arbeitnehmer im Betrieb nachgewiesen werden kann.

### **Mobiles Arbeiten**

Während der Corona-Krise ist die Nutzung von Homeoffice stark gestiegen. Nach dem Ende der Pandemie ging die Inanspruchnahme allerdings wieder leicht zurück. Laut Statistischem Bundesamt hat sich die Verbreitung von Homeoffice inzwischen auf einem Niveau eingependelt, das zwar höher liegt als vor der Pandemie, aber niedriger als zu Hochzeiten der Corona-Krise. Das zeigt: Die Unternehmen reagieren mit ihrer Homeoffice-Praxis selbstständig und flexibel auf die jeweiligen äußeren Umstände und bringen sie in Einklang mit den internen arbeitsorganisatorischen Effizienz-Erfordernissen. Auf diese Weise entwickelt sich die moderne Arbeitswelt stetig weiter.

# »DOPPELTE FREIWILLIGKEIT UND ABTEILUNGSSPEZIFISCHE REGELUNGEN«

Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung sieht eine rechtliche Abgrenzung der mobilen Arbeit von der Telearbeit, die Betonung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie einen Erörterungsanspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit konditionierter Zurückweisungsmöglichkeit durch den Arbeitgeber vor. Die Bundesregierung versprach dazu einen "Dialog mit allen Beteiligten", um "sachgerechte und flexible Lösungen" zu erarbeiten. Vor diesem Hintergrund fand in den Jahren 2022 und 2023 die "Politikwerkstatt Mobile Arbeit" statt. An ihr beteiligten sich mehr als hundert Expertinnen und Experten aus Unternehmen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden, darunter der BAVC. In vier virtuellen Werkstattgesprächen zu den Themenfeldern "Raum und Fläche", "Organisation", "Beschäftigtenperspektive" sowie "Führung und Unternehmenskultur" sollte eigentlich interdisziplinär und ergebnisoffen diskutiert werden. Die Haltung des BMAS in der Politikwerkstatt ließ jedoch deutlich erkennen, dass das Pendel in Richtung einer stärkeren Regulierung unter Betonung der Beschäftigteninteressen ausschlägt.

## >> MOBILES ARBEITEN FUNKTIONIERT. <<

Im Brückenabschluss der Tarifrunde 2022 hatten BAVC und IGBCE vereinbart,

auf Basis der Studienergebnisse zur Praxis des mobilen Arbeitens bei den Chemie-Arbeitgebern zu prüfen, ob tarifpolitischer Handlungsbedarf zum mobilen Arbeiten besteht. Knapp 21.000 Beschäftigte, Führungskräfte und Betriebsräte aus gut 70 Unternehmen haben an der vom Fraunhofer IAO durchgeführten Studie im letzten Sommer teilgenommen. Zusammengefasst konnte festgestellt werden, dass mobiles Arbeiten in den Betrieben funktioniert und ganz überwiegend geregelt ist und somit keiner weiteren gesetzlichen Regulierung bedarf.

## Tarifautonomie und Arbeitskampfrecht

Tarifautonomie fördert die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Deutschland.

Wir wollen die Tarifautonomie wahrnehmen, um interessengerechte, differenzierte und wettbewerbsfähige Tarifverträge für die Branche zu ermöglichen. Die grundgesetzlich geschützte Koalitionsfreiheit umfasst neben der positiven auch die negative Koalitionsfreiheit, also die Möglichkeit, sich bestehenden Koalitionen nicht anzuschließen, bestehende Tarifverträge nicht anzuwenden oder einen Tarifträgerverband zu verlassen.

Tarifautonomie funktioniert nur bei einem Kräftegleichgewicht der Tarifvertragsparteien. Eine zu Lasten der Arbeitgeber ausufernde Rechtsprechung und eine geänderte Streikkultur der Gewerkschaften stören die Arbeitskampfparität. Zusätzlich ergeben sich auch für lediglich mittelbar betroffene Branchen zum Teil hohe Schäden durch Streiks in anderen Branchen. Dies zeigt eindrücklich der immer wieder zu Tage tretende Tarifkonflikt im Schienenverkehr.

## >> ARBEITSKAMPEPARITÄT WIEDER HERSTELLEN!

Unser rechtsstaatliches Demokratie- und Gewaltenteilungsprinzip erfordert eine gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts. Wir treten für ein kodifiziertes Arbeitskampfrecht ein, um die Grundsätze der Arbeitskampfparität und Verhältnismäßigkeit sicherzustellen und die tarifliche Friedenspflicht vor jeder Beeinträchtigung zu schützen.

## Informations- und Weiterbildungsangebote des Verbandes

Das Online-Erfolgsmodell "Legal Lunch", ein monatlich stattfindendes Schulungsangebot des Verbandes, arbeitet weiterhin aktuelle Themen der Personalarbeit kurzweilig auf und ermöglicht den Mitarbeitern unserer Mitgliedsfirmen,

innerhalb einer Stunde einen Überblick über ein rechtliches Thema zu erlangen. Aufgrund des großen Erfolges wurde das Online-Angebot weiter ausgebaut und um den Rechtsprechungsreport ergänzt. Dort erhalten die Mitarbeiter der Personalabteilungen viermal im Jahr eine Zusammenfassung der wichtigsten Urteile aus der Arbeitsgerichtsbarkeit der letzten Monate. Im Rahmen unserer Präsenzveranstaltungen bietet sich zudem die Möglichkeit, neben dem Erwerb von Wissen den persönlichen Austausch zu pflegen und mit Kollegen und Mitarbeitern der Rechtsabteilung "ins Gespräch zu kommen". Unsere langjährige viertägige Seminarreihe "Grundlagen des Arbeitsrechts" wurde aufgrund der hohen Nachfrage dieses Jahr sogar zweimal hintereinander angeboten.

# » DIE WEITERBILDUNGSANGEBOTE DES VBCI ERFREUEN SICH GROSSER BELIEBTHEIT.«

Neben den Schulungsangeboten wurde die 3. Auflage des BAVC-Handbuchs "Das Arbeitsverhältnis in der chemischen Industrie - Anbahnung, Durchführung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen" fertiggestellt. Sie ist im März 2024 digital erschienen und wurde auch als Handbuch versandt. Das Handbuch beleuchtet auf ca. 700 Seiten das komplette Arbeitsverhältnis und bietet praxisnahe Muster, Vorlagen und Checklisten für die tägliche Arbeit. Die Vorauflage wurde von der Arbeitsgruppe Arbeitsvertragsgestaltung komplett überarbeitet und an die zahlreichen Neuerungen in der Rechtsprechung und Gesetzgebung bis Januar 2024 angepasst.

## Gremienarbeit

Ein zentraler Baustein des VBCI als Arbeitgeberverband ist die Gremienarbeit. Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss, Tarifpolitischen Ausschuss, Sozial- und Personalpolitischen Ausschuss, im Arbeitskreis Berufsausbildung und im Arbeitskreis Personalentwicklung wird den Vertretern unserer Firmen ein Forum zum Informations- und Wissenstransfer und zur Abstimmung von Positionen gegenüber Politik und Gewerkschaften gegeben. Tarifpolitische Entwicklungen in der chemischen Industrie wie anderer Branchen werden analysiert und können vertrauensvoll diskutiert werden. Zusätzlich finden in den Arbeitskreisen Personalentwicklung und Berufsausbildung Abstimmungen zwischen Mitgliedsunternehmen statt.

» GREMIENARBEIT IST DIE BASIS FÜR ERFOLGREICHE INTERESSENSVERTETUNG.«

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Rahmen der Arbeitszeiterfassung wurde für interessierte Firmenvertreter die Arbeitsgruppe "Arbeitszeiterfassung" eingerichtet. Damit besteht eine Plattform für Mitglieder, um rechtliche und praktische Fragestellungen gemeinsam zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen. Der Europäische Gerichtshof hat in seiner jüngsten Entscheidung zum Arbeitszeitrecht die Mitgliedstaaten verpflichtet, ein System einzurichten, mit dem die von jedem Arbeitnehmer geleistete tägliche Arbeitszeit gemessen werden kann. Das Bundesarbeitsgericht sowie die Landesarbeitsgerichte haben sich dieser Auffassung mit Verweis auf das deutsche Arbeitsschutzrecht angeschlossen. Dem Betriebsrat steht damit ein Initiativrecht zu, ein System der Arbeitszeiterfassung für alle unter den Geltungsbereich des Gesetzes fallenden Arbeitnehmer zu verlangen. Damit stellt sich für unsere Mitgliedsfirmen die Frage nach dem Umgang, der Ausgestaltung im Rahmen von Betriebsvereinbarungen und der Kommunikation dieser Themen mit dem Betriebsrat und den Mitarbeitern.

## » DIE STECHUHR KEHRT IN EUROPA WIEDER ZURÜCK.«

## Kollektive Verhandlungen

Neben den unter bayerischer Beteiligung stattfindenden Bundestarifverhandlungen waren die Verbandsjuristen auch bei wichtigen betriebs- und unternehmensweiten Verhandlungen zwischen Arbeitgeber, Betriebsrat und Gewerkschaft eingebunden. Die wirtschaftliche Situation einiger Mitgliedsfirmen machte auf das Unternehmen zugeschnittene Einzelfalllösungen zur Absenkung von finanziellen Belastungen oder individuellen Arbeitszeitlösungen erforderlich, die im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem VBCI regelmäßig gelöst werden konnten. Ein weiteres wesentliches Element der Mitgliederbetreuung ist die Verhandlung von Überleitungstarifverträgen, also Regelungen für Neumitglieder, die an den Flächentarif herangeführt werden müssen. Dies erfordert neben der Erarbeitung des Status Quo des Unternehmens die Ermittlung der unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zumutbaren Schritte zum Eintritt in die Fläche. Des Weiteren konnten unter Beteiligung der Juristen erfolgreich Interessensausgleichs- und Sozialplanverhandlungen geführt und mit einem wirtschaftlich vertretbaren Ergebnis für das jeweilige Mitgliedsunternehmen zum Abschluss gebracht werden.

>> TARIFLICHE EINZELFALLLÖSUNGEN ANGEPASST AN BETRIEBLICHE BEDÜRFNISSE«

## Vier-Tage-Woche

Die derzeitige Diskussion rund um das Thema "Arbeitszeitverkürzung" unter dem Stichwort "Vier-Tage-Woche" wird zu eindimensional geführt. Die realen Gegebenheiten, die Perspektive der Betriebe und der mangelnde Reformwille der Politik werden dabei oftmals übersehen.

Deutschland gehört seit Jahrzehnten zu den Ländern mit den niedrigsten Arbeitszeiten. Länder wie z.B. Großbritannien und Island, die in jüngster Zeit Modellprojekte zur Reduzierung der Arbeitszeit durchgeführt haben und häufig als Positivbeispiele angeführt werden, zeichnen sich im Gegensatz zu Deutschland durch hohe Wochenarbeitszeiten aus, die im Durchschnitt bei 42 bzw. bei über 44 Stunden liegen. Diese Länder versuchen, Entwicklungen nachzuvollziehen, die in Deutschland bereits vor Jahrzehnten erfolgten und etabliert wurden. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt in Deutschland seit vielen Jahren knapp über 30 Wochenstunden. Vollzeitbeschäftigte arbeiten dabei im Durchschnitt 38,0 Stunden in der Woche.

# » DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DEUTSCHLANDS WIRD DURCH ARBEITSZEITVERKÜRZUNGEN GESCHWÄCHT.«

An individuelle Wünsche angepasste Arbeitszeitmodelle sind sowohl tarifvertraglich als auch betrieblich oder individualvertraglich möglich. Wenn Beschäftigte und Arbeitgeber es für sinnvoll erachten, können sie z.B. auch eine Vier-Tage-Woche vereinbaren. Vor diesem Hintergrund über generelle Arbeitszeitverkürzungen zu diskutieren, ist kontraproduktiv. Der akut vorherrschende Arbeits- und Fachkräftemangel führt bereits heute in zahlreichen Branchen dazu, dass Stellen unbesetzt bleiben und die Unternehmen unter fortwährendem Personalmangel leiden. Der demografische Wandel und die Alterung unserer Gesellschaft werden diese Entwicklung in den nächsten Jahren noch weiter verstärken. Die damit einhergehenden Konsequenzen werden sowohl die Unternehmen als auch die sozialen Sicherungssysteme mit ganzer Härte zu spüren bekommen.

Wie in der Politik gilt auch für jedes einzelne Unternehmen als Mitglied im VBCI: "Die Fähigkeit zur Politik bedarf der Vereinigung vieler Interessen hinter einer gemeinsamen Sache" (Frank-Walter Steinmeier). Erst das "Wir" gibt uns Handlungskraft und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Politik, Exekutive und unserem Sozialpartner.

Der VCI-Landesverband ist Netzwerkplattform ist Netzwerkplattform und Stimme der Chemieund Pharmaindustrie in Bayern!

Fokus der Arbeit sind

bestmögliche Rahmenbedingungen für die Branche – ganzheitlich, in ihrer gesamten Spartenvielfalt!



# Aus der Arbeit des VCI-Landesverbandes Bayern

Der VCI-Landesverband vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der Chemie- und Pharmabran-

che in Bayern – er ist das Bindeglied zwischen Unternehmen, Politik, Administration und Öffentlichkeit. Im Rahmen vielfältiger Formate (siehe u.a. auf S. 66) werden dazu die relevanten Stakeholder miteinander vernetzt.

## **Energie- und Klimapolitik**

Die energieintensive Industrie – allen voran die Chemiebranche – ist durch die Energiekrise schwer getroffen. Die Verbandsarbeit war und ist deshalb maßgeblich durch den Kampf für wettbewerbsfähige Strompreise geprägt. Nicht zuletzt mit einer Vielzahl an Aktivitäten, wie u.a. dem VCI-Brandbrief "Deindustrialisierung stoppen!", und breiten Bündnissen, wie der "Allianz pro Brückenstrompreis", konnten weite Teile der Ampelkoalition für die Notwendigkeit eines staatlich gedeckelten Industriestrompreises überzeugt werden. Auch die Länder haben diese Notwendigkeit erkannt und im Rahmen einer Chemie-Allianz, darunter auch Bayern, vehement vertre-





ten – nicht zuletzt auch im Rahmen des Chemiegipfels im Kanzleramt Ende September sowie in den dazugehörigen Arbeitsgruppen.

# >> HOHE STROMKOSTEN & ABNEHMENDE VERSORGUNGS-SICHERHEIT HEMMEN DIE TRANSFORMATION.

Diese greifbare Chance einer politischen Weichenstellung zerschellte schlussendlich aber dann an den Haushaltsverhandlungen im Herbst 2023 und an Widerständen einzelner Ampelkoalitionäre. Das stattdessen verkündete Strompaket kann dabei (wenn überhaupt) den Status Quo erhalten – mit der Netzentgeltverdopplung seit Anfang 2024 (infolge der Streichung des Bundeszuschusses als Folge des Haushaltsurteils) stie-

gen die Belastungen sogar zusätzlich an. Und auch wenn die Börsenstrompreise zuletzt wieder gesunken sind, bleiben die im internationalen Vergleich hohen Stromkosten und die abnehmende Versorgungseinheit die größten Standortrisiken und Hürden für die industrielle Transformation. Deshalb ist und bleibt es in



der VCI-Advocacy oberste Priorität, tragbare Lösungen für wettbewerbsfähige Strompreise und Versorgungssicherheit zu entwickeln und in die Politik zu tragen. Eine aktuelle VCI-Grundsatzposition beschreibt die wichtigsten Belange der Branche.

# >> VON CBAM BIS WASSERSTOFF - DER VCI IST BEI ALLEN ENERGIE-UND KLIMAPOLITISCHEN THEMEN PRÄSENT.«

Das energie- und klimapolitische Themenportfolio der Verbandsarbeit umfasste aber auch eine Vielzahl an weiteren Bereichen: von Aspekten der Versorgungssicherheit, der Kraftwerksstrategie, der regelmäßigen Umfrage zur Stromqualität in Bayern, Fragen des Netzausbaus und der zukünftigen Netzentgeltstruktur, den Energie- und Stromsteuern, Wasserstoffbedarfen und -infrastruktur, der Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes bis hin zu Klimaschutzverträgen, der CBAM-Umsetzung und dem EU-Emissionshandel. Der VCI ist bei all diesen (und weiteren) energie- und klimapolitischen Fragestellungen aktiv – immer mit dem Fokus auf bestmögliche Rahmenbedingungen für chemische Wertschöpfung am Industriestandort Deutschland und Bayern.

# >> DER VERBAND UNTERSTÜTZT AUCH BEI LÖSUNGEN FÜR VOLLZUGSERAGEN IM ENERGIEBEREICH.

Neben der Begleitung der regulatorischen Entwicklungen stehen auch konkrete Umsetzungsfragen im Fokus. Der Verband bietet hierzu nicht nur eine Plattform für den regelmäßigen Austausch von Fachexpertinnen und -experten aus den Unternehmen und für die Informationsvermittlung, sondern unterstützt auch bei der Klärung konkreter Vollzugsfragen (wie z.B. bei der Umsetzung der PV-Pflicht in Bayern) und vermittelt pragmatische Verbesserungsvorschläge im Austausch mit der bayerischen Administration (z.B. bei der Anlagenzertifizierung im Kontext der betrieblichen Nutzung von PV-Anlagen).

# **Umwelt- und Stoffpolitik**

Nicht weniger umfangreich waren die Aktivitäten bei der Rechtsentwicklung in der Umwelt- und Stoffpolitik. Dabei sind medienbezogene Umweltregularien die rechtliche Basis für Betrieb und Genehmigung von Industrieanlagen. Deren zunehmende Komplexität führt seit vielen Jahren

zu immer aufwändigeren Genehmigungsverfahren – weshalb sich der VCI schon seit langem für eine Modernisierung des Rechtsrahmens einsetzt. Und hier hatte es Anfang November mit dem Bund-/Länder-Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung erstmals seit langem Signale für Verbesserungen gegeben, die (bislang) leider nur in Teilen in einer aktuellen BImSchG-Novelle aufgegriffen wurden.

# » DIE REVISION DER IED MACHT FAST ALLE BEMÜHUNGEN ZUR GENEHMIGUNGSBESCHLEUNIGUNG ZUNICHTE.«

Diese positiven Bemühungen wurden allerdings fast im selben Moment mit der in Brüssel beschlossenen Revision der Industrieemissionsrichtlinie zunichte gemacht. Diese wird Genehmigungsverfahren zukünftig leider nochmal deutlich verkomplizieren, weshalb eine pragmatische Umsetzung im nationalen Rechtsrahmen und weiterhin eine Entschlackung bei der Industrieanlagenzulassung jetzt umso wichtiger sind.





Neben der aktiven Begleitung der Rechtsentwicklung unterstützt der Verband aber auch im Umweltbereich bei Umsetzungsfragen im Verwaltungsvollzug – u.a. im Rahmen etablierter Dialogformate wie dem Expertendialog Umwelt oder im Umwelt- und Klimapakt, in dem die Bayerischen Chemieverbände ihre Mitgliedschaft wieder erneuert haben.

# >> DAS WASSERRECHT WIRD AUF ALLEN FÖDERALEN EBENEN ZUM STANDORTNACHTEIL.

Auch das Wasserrecht steht dabei standortpolitisch immer stärker im Fokus. Neben den ebenfalls hochkomplexen und zumeist über mehrere Jahre andauernden wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren kommt hier eine zusätzliche Kostenkomponente ins Spiel. Mit der Revision der EU-Kommunalabwasserrichtlinie wurde eine erweiterte Herstellerverantwortung etabliert. In Summe bedeutet das, dass man sich die Milliardenkosten für Bau und Betrieb der sog. 4. Reinigungsstufe bei kommunalen Kläranlagen zur Verringerung von Spurenstoffen von einzelnen Industriezweigen bezahlen lassen möchte (Pharma und Kosmetik – mit Möglichkeiten der Auswei-

tung). Aber auch auf bayerischer Ebene möchte man Finanzmittel für die Wasserwirtschaft generieren. Mit dem geplanten "Wassercent" droht in Bayern eine erhebliche Zusatzbelastung für unsere Branche – weshalb die Bayerischen Chemieverbände sich frühzeitig und lautstark für eine angemessene Ausgestaltung stark gemacht haben und weiterhin aktiv sind. Parallel dazu läuft in Bayern derzeit ein Stakeholder-Dialog im Rahmen des Runden Tisches "Wasser", wo auch die Industrie im Kontext der Wasserstrategie des Freistaates miteinbezogen wird. Auch hier ist der Verband als Branchensprachrohr aktiv – und macht dabei deutlich, dass Wassernutzung ein essenzieller Standortfaktor für industrielle Wertschöpfung ist.

# » DAS EU-CHEMIKALIENRECHT ERFÄHRT EINEN FUNDAMENTALEN PARADIGMENWECHSEL.«

Ein weiterhin starker Fokus der Verbandsarbeit ist die Umsetzung der EU-Chemikalienstrategie (CSS) und die damit verbundene Anpassung des europäischen Chemikalienrechts. Dabei bietet die auf die kommende Legislaturperiode verschobene REACH-Revision nur eine kurze Verschnaufpause. Denn Schritt für Schritt wird das im Rahmen der CSS forcierte Regulierungsparadigma einer stärker gefahren- (i.e. stoffeigenschafts-) und weniger risikobasierten (i.e. auch expositionswahrscheinlichkeitsbasierten) Chemikalienregulierung umgesetzt. Ein wesentlicher Meilenstein stellt dabei die erfolgte CLP-Revision dar.



Und auch über die zentralen chemikalienrechtlichen Regelwerke hinaus rücken Stoffeigenschaften und Verwendungseinschränkung in den Fokus – so u.a. bei der EU-Ökodesignverordnung, die für sog. "Substances of Concern" in unterschiedlichen Produktgruppen den Ansatz "Nachverfolgung, Kennzeichnung und

Einschränkung" verfolgt. Der VCI bringt sich dabei im Sinne der Umsetzbarkeit, sozioökonomischer Auswirkungen sowie auch der Berücksichtigung von wissenschaftlichen Grundprinzipen für die Branche ein, informiert überdies regelmäßig zum aktuellen Sachstand und beleuchtet aufkommende Praxisfragen.

» DAS GEPLANTE PFAS-VERBOT IST EIN MAHNMAL FÜR DIE KONSEQUENZEN UNDIFFERENZIERTER VERBOTSPOLITIK.«

Die Wichtigkeit von "Aufklärungsarbeit" bezüglich der erheblichen gesamtwirtschaftlichen Relevanz von Weichenstellungen in der Chemikalienpolitik wird aber bei kaum einem Thema so greifbar wie bei der geplanten vollumfänglichen REACH-Beschränkung von PFAS. Gerade auch aus Bayern heraus wur-



den in zahlreichen Veranstaltungen auf Landes-, Bundes-, aber auch EU-Ebene die drohenden Konsequenzen eines undifferenzierten Verbotsansatzes und die schon jetzt dramatischen Auswirkungen auf den Markt – nicht zuletzt mit Blick auf die verkündete Schließung des größten europäischen Fluorpolymerherstellers mit Sitz in Bayern – erläutert. Die Relevanz, aber auch die erfolgreiche Mobilisierung von betroffenen Unternehmen und Industriezweigen, lässt sich an den mehr als 5.600 Einreichungen in der öffentlichen Konsultation des Beschränkungsdossiers eindrucksvoll ablesen. Wenngleich begründete Hoffnung besteht, dass das Verbot in dieser umfassenden Form nicht kommen wird, wird sich das Beschränkungsverfahren leider noch hinziehen.

## Nachhaltigkeit, Innovation und Kommunikation

Die regulatorischen Vorgaben im Bereich Nachhaltigkeit – seien es Reporting-Anforderungen, Sorgfaltspflichten in der Lieferkette oder die Sustainable-Finance-Taxonomie – nehmen weiter an Fahrt auf. Der VCI begleitet dabei nicht nur die regulatorischen Entwicklungen und bringt sich im Sinne

der Branche ein (wie u.a. im Rahmen der intensiven Diskussionen zum europäischen Lieferkettengesetz), sondern bietet auch vielfältige Unterstützungsleistungen für Umsetzungsfragen. Ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt stellt dabei die Nachhaltigkeitsinitiative Chemie<sup>3</sup> dar. In diesem Rahmen wurden u.a. sechs Module für einen Branchenstandard für nachhaltige Wertschöpfung sowie eine naue. Toolbox Riediversität" entwickelt. Und auch der VCL-



eine neue "Toolbox Biodiversität" entwickelt. Und auch der VCI-Lotse für Pflichten bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung ist eine wertvolle Anlaufstelle für Unternehmen – weitere Unterstützungsangebote sind bei den komplexen Berichtspflichten zu Nachhaltigkeit in Planung.

>> BEIM RC-WETTBEWERB 2023 KONNTEN GLEICH ZWEI PROJEKTE
AUCH AUF BUNDESEBENE ÜBERZEUGEN.«

Komplettiert werden die Anstrengungen der Branche durch die seit mehr als 30 Jahren in Deutschland bestehende Responsible-Care-Initiative (RC), die für eine ständige Verbesserung von Umwelt- und Gesundheitsschutz – über gesetzliche Vorgaben hinaus – steht. Neben der Erarbeitung



von RC-Leitfäden und dem jährlichen RC-Bericht zur Dokumentation des erzielten Fortschritts ist dabei auch der RC-Wettbewerb ein wichtiger Beitrag, um das Engagement von Firmen möglichst konkret an Projekten fassbar zu machen. Im letzten Jahr konnten beim Thema "Unser nachhaltiger und sparsamer Umgang mit Energie" gleich zwei bayerische Projekte auch auf

Bundesebene überzeugen! Dieses Jahr läuft der Wettbewerb unter dem Motto "Sicheres und gesundes Arbeitsumfeld". Wir drücken allen eingereichten Projekten die Daumen!

Nachhaltigkeit spielt naturgemäß auch in den Innovationsabteilungen der Unternehmen eine große Rolle. Mit den innovationspolitischen Rahmenbe-



dingungen, aber auch mit aktuellen Trends in diesem Bereich befasst sich der AK Innovation. In diesem Verbandsgremium ist auch ein enger Austausch zu den Aktivitäten des Chemie-Clusters Bayern strukturell verankert, das als Netzwerkorganisation nicht nur Forschung und Innovation in der Chemiebranche, sondern auch den Technologietransfer in andere Branchen befördern soll. Als

thematischer Fokus hat sich der AK Innovation u.a. mit dem sog. Value Chain Generator (VCG) befasst – eine Plattform, die mittels KI- und Big-Data-Tools die Entwicklung von zirkulären Wertschöpfungsketten unterstützt. Zudem konnte und kann der AK wichtige Impulse aus der industriellen Praxis in das BMWK-geförderte Projekt TransBIB (nationales Transfernetzwerk zur Beschleunigung der industriellen Bioökonomie) einbringen.

Das Megathema "Künstliche Intelligenz" stand auch in der Kommunikationsarbeit im Fokus: Das zuständige Fachgremium, der AK Kommunikation, beschäftigte sich unter anderem mit unterschiedlichen KI-basierten Tools, die die Recherche erleichtern und bei der Bild- und Texterstellung unterstützen können. Mit Blick auf die teils schwierige Situation auf dem Ausbildungsmarkt wurden im AK zudem unter Bezug auf anschauliche Praxisbeispiele aus der Mitgliedschaft erfolgreiche Möglichkeiten und Konzepte des Ausbildungsmarketings diskutiert.

>> DER VCI UND SEINE FACHVERBÄNDE – EINE STARKE STIMME FÜR DIE CHEMIE AUF ALLEN FÖDERALEN EBENEN!

## Die Fachverbände im VCI-Netzwerk

Der VCI vereint in seiner Mitgliedschaft nahezu alle Sparten der Chemieund Pharmabranche unter einem Dach. Denn neben Chemieunternehmen als Direktmitglieder sind mittlerweile 23 Fachverbände Teil dieses umfassenden Netzwerks im Chemieverband – jüngster Zuwachs ist seit April 2024 der Verband "Pharma Deutschland" (ehemals BAH).

Dieses breite Netzwerk macht es möglich, der Chemie- und Pharmabranche in ihrer gesamten Spartenvielfalt regional, national und international eine starke Stimme zu geben. Als Landesverband ist es unser Selbstverständnis, diese Vielfalt der Branche ganzheitlich in der VCI-Advocacy-Arbeit zu vertreten. Der gewählte Vorstand legt im Rahmen seines Mandats hierfür die Leitplanken und die Richtung fest.





Das Konzept der VCI-Landesverbände, die auch auf Landesebene die Interessen der VCI-Mitgliedsfirmen bündeln, hat sich über viele Jahrzehnte bewährt. Während auf Bundesebene die spartenspezifischen Fachverbände meist für sich selbst sprechen und sich nur bei den übergreifenden Themen des VCI bedienen, deckt die Landesebene üblicherweise auch die Themen der Fachverbände mit ab.

Dabei sehen wir uns schlicht als Vertreter aller VCI-Mitgliedsfirmen in Bayern und nicht als Dependance der Fachverbände – wenngleich die Fachverbandsregionalstrukturen gerngesehene Gäste im Chemieverbandshaus sind. Unser Anspruch ist es, die Brancheninteressen aller VCI-Mitglieder (in Bayern) und somit auch die aller Fachverbände ganzheitlich zu bündeln und gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu vertreten.

Historisch und zum Teil satzungsbedingt haben einzelne Fachverbände zudem auch Regionalstrukturen aufgebaut, die von den VCI-Landesverbänden organisatorisch mit unterstützt werden. In Bayern sind dies derzeit die bayerische Bezirksgruppe des Verbandes der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie und der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie. Perspektivisch kommt eine Landesorganisation von Pharma Deutschland hinzu.

Die Politik muss
jetzt die
jetzt die
Wettbewerbsfähigkeit
auf allen föderalen
auf allen föderalen
Ebenen in den Fokus
nehmen!

Leitlinie und roter
Faden müssen dabei die
Prinzipien der "Sozialen
Marktwirtschaft" sein!

## Ausblick

Der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland hat sich im internationalen Vergleich abgekoppelt: Die Bundesrepublik ist Wachstumsschlusslicht in der EU – vom Vergleich mit anderen Weltregionen gar nicht erst zu sprechen! Der zu Beginn des Jahres vorgestellte Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung geht für dieses Jahr von einem "Wachstum" von mickrigen 0,2 % aus. Und auch wenn die BIP-Prognosen zuletzt wieder etwas angehoben wurden, sind wir immer noch weit von einer Rückkehr zu echter Wachstumsstärke entfernt.

# >> WIR SIND IM INTERNATIONALEN VERGLEICH ZU TEUER, ZU LANGSAM UND ZU KOMPI IZIERTI«

Die Ursachen für diese Wirtschaftsschwäche sind keineswegs nur in den fehlenden konjunkturellen Impulsen – z.B. aus dem Ausland – zu suchen. Vielmehr hat der Standort Deutschland ein echtes strukturelles Problem! Egal ob bei den Energiepreisen, den Komplexitätskosten oder beim Bürokratieauswuchs – wir sind im internationalen Vergleich zu teuer, zu langsam und zu kompliziert!

# >> EGAL OB BUND ODER EU - DIE DEVISE HEISST JETZT:

Der Standort Deutschland muss insgesamt wieder attraktiv werden und Zukunftsinvestitionen müssen sich wieder lohnen. Dies ist mit Blick auf die chemische Industrie umso wichtiger, da diese eine Schlüsselrolle in der Transformation hin zur Klimaneutralität, aber auch für die Innovationsfähigkeit aller Branchen im Land spielt. Das Ziel der Transformation Deutschlands bis 2045 ist ohne Innovation der forschungsorientierten Chemie- und Pharmaindustrie nur schwer denkbar – dies gilt auch für das Ziel des europäischen Klimagesetzes: eine klimaneutrale EU bis 2050.

## >> 5+10 FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT«

Deshalb ist es jetzt oberstes Gebot in Brüssel und Berlin, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Fokus zu nehmen. Hier sind gleichermaßen die Ampelkoalitionäre wie auch die neue EU-Kommission gefragt. Die Formel für die Stärkung der



# **AUSBLICK**

Wettbewerbsfähigkeit kann man dabei plakativ zusammenfassen: 5+10 – eine 5-Punkte-Agenda für die Stärkung des Standorts Deutschland und 10 Maßnahmen für die Wettbewerbsfähigkeit Europas:

- · Strompreise konkurrenzfähig machen!
- Turbo für Bürokratieabbau einlegen!
- Green Deal durch "Industrial Deal" flankieren (hier formuliert die sog. "Antwerpener Erklärung" 10 Maßnahmen auf EU-Ebene)!
- · Steuerpolitik ist Standortpolitik!
- Staatsausgaben: Investieren für Wachstum (statt Ausweitung des Sozialstaates)!

# »RÄNDER ERSTARKEN, DIE GEOPOLITISCHE UNSICHERHEIT WÄCHST – POLITISCHE FÜHRUNG IST GEFRAGT!«

Es geht – wenn man auf die demoskopischen Daten blickt – mittlerweile auch um viel mehr als allein um Wirtschaftspolitik. Wir sind aktuell auch gesellschaftspolitisch in einer besorgniserregenden Situation. Politische Ränder mit vermeintlich einfachen Lösungen erleben großen Zuspruch. Einen ersten Vorgeschmack eines Rechtsrucks haben wir mit der Europawahl im Juni bekommen. Die Voraussagen für die anstehenden Landtagswahlen in ostdeutschen Bundesländern werfen ähnliche Schatten voraus. Es liegt nun in der Verantwortung aller demokratischen Kräfte – und zuvorderst der Parteien der politischen Mitte – die Nöte und Sorgen der Menschen nicht nur ernst zu nehmen, sondern diesen auch mit Lösungen zu begegnen!

Dies gilt umso mehr in einer Zeit zunehmender geopolitischer Instabilität und internationaler Krisen wie dem Krieg in der Ukraine, dem wieder aufgeflammten Nahostkonflikt oder dem Umgang mit China als Handelspartner, Wettbewerber und Systemrivalen. Die meisten Menschen wollen Umwelt- und Klimaschutz, aber nicht auf Kosten ihres Wohlstands. Sie haben nichts gegen Wärmepumpe, Elektroauto und energetische Häuserdämmung, wollen aber dazu nicht verdonnert werden. Die Agenda des Volkes und die Agenda der Volksvertreter stimmen nicht überein, wobei die Differenz in der Priorisierung liegt.

Diese Melange aus wirtschaftlicher Schwäche, Reformstau, zunehmendem Schwinden des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit Erstarken

der politischen Ränder in einer angespannten geopolitischen Lage ist ein deutliches Warnsignal. Die EU und Deutschland im Besonderen müssen in dieser unsicheren Zeit wieder mehr politische Führung und Verantwortung übernehmen!

# » DIE RÜCKBESINNUNG AUF DIE PRINZIPIEN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT MUSS UNSER ZUKUNFTSMODELL SEIN!«

Dabei müssen wir auch wieder eine klare Linie finden, wie wir unser Wirtschafts- und Gesellschaftmodell gestalten wollen. Denn derzeit erleben wir einen Widerstreit von zwei fundamental verschiedenen Strömungen: Die eine will Zukunft im planwirtschaftlich-dirigistischen Stil mit ordnungsrechtlichem Klein-Klein herbeiregulieren, die andere setzt auf mehr Freiheit und marktwirtschaftliche Anreize, um gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Eine Mischform dieser Ansätze wird wohl nur bedingt funktionieren. Daher müssen wir uns entscheiden und unseren Kompass klar ausrichten. Wollen wir von "Regelungslücke" oder wollen wir von "Freiheit" sprechen? Wollen wir gute Rahmenbedingungen als ordnungspolitische Leitplanken oder wollen wir ordnungsrechtliche Detailverliebtheit? Wollen wir die Maximen "Chancengleichheit, Teilhabe und Leistungsprinzip" verfolgen oder ist uns vor allem die Ausweitung des Leistungsstaates mit Transferzahlungen wichtig?

Unsere Antwort ist hier klar: Die Prinzipen der Sozialen Marktwirtschaft als Gegenmodell zu Turbokapitalismus und Sozialismus, als eine Wirtschaftsordnung mit Werten und Regeln – sichergestellt durch den Rechtsstaat – muss unsere Leitlinie für die Zukunft sein. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen!

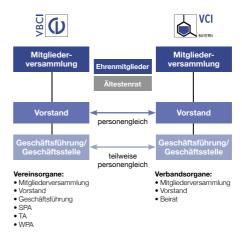
# Verbandsorganisation

Die **Mitgliederversammlung** wählt die Vereins-/Verbandsorgane.

Der Ältestenrat (VBCI) berät den Vorstand und die Geschäftsführung.

Der **Vorstand** leitet den jeweiligen Verband und bestimmt die strategische Ausrichtung.

Die Geschäftsführung/Geschäftsstelle führt die operativen Geschäfte des jeweiligen Verbands im Rahmen des Mandats des Vorstands bzw. der Mitgliederversammlung.



## Struktur der Gremien

Die Gremien dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Verband und Mitgliedschaft, der Positionierung der Branche sowie der Diskussion und Festlegung von Leitplanken für die Verbandsarbeit.

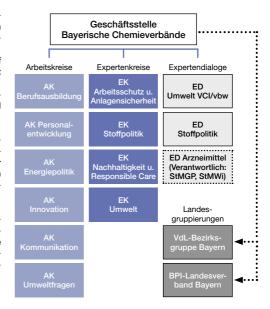
Die **gewählten Gremien (SPA, TA, WPA, Beirat)** nehmen in beratender Funktion Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in den jeweiligen Bereichen – hier steht der Input der Firmen an vorderster Stelle. WPA und Beirat tagen dabei immer gemeinsam.

In den **Arbeitskreisen** werden zu den jeweiligen Top-Themen der Branche die aktuellen Entwicklungen erörtert und die Branchenmeinungen hierzu erarbeitet.

Die **Expertenkreise** ermöglichen dazu auf fachspezifischer Ebene einen Austausch mit und zwischen Experten der Mitgliedsfirmen. Sowohl in den Arbeits- als auch den Expertenkreisen werden praxisrelevante Inhalte und Hilfestellungen vermittelt.

Expertendialoge sind branchenübergreifende, zum Teil extern organisierte und geleitete Dialogplattformen zwischen Vertretern der Industrie und der bayerischen Administration zur lösungsorientierten Erörterung von aktuellen Fachfragen und Vollzugsthemen.

Der VCI-LV vertritt auch die dem VCI angeschlossenen Fachverbände. Die Geschäftsführung/Geschäftsstelle führt dabei zudem die operativen Geschäfte der Landesorganisationen von Fachverbänden, die eigene Landesstrukturen besitzen.



## Rolle der Gremien

#### Gewählte Gremien:

### Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss

Der SPA nimmt in **beratender Funktion** Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in Fragen der **Sozialpolitik**.

### **Tarifpolitischer Ausschuss**

Der TA ist das zentrale Gremium rund um die Tarifvertragsarbeit im VBCI.

### Wirtschaftspolitischer Ausschuss

Der WPA des VBCI berät Vorstand und Geschäftsführung in wirtschaftspolitischen Themen. Er tagt gemeinsam mit dem Beirat des VCI-LV.

#### Reirat

Der Beirat des VCI-LV berät Vorstand und Geschäftsführung in wirtschaftspolitischen Themen. Er tagt gemeinsam mit dem WPA des VBCI.

#### Arheitskreise:

#### AK Berufsausbildung

Austausch zwischen Praktikern der Berufsausbildung zu aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich (z. B. langfristige Nachwuchssicherung u.v.m.)

#### **AK Energiepolitik**

Austausch rund um eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung (u. a. energiepolitische Entwicklungen und Verbandspositionierung hierzu)

#### **AK Kommunikation**

Austausch zur **Optimierung der Kommunikationsarbeit** in der Branche (z. B. Kommunikation im Wandel, Krisenkommunikation, neue Medien, etc.)

#### **AK Personalentwicklung**

Praxisnaher **Austausch** zwischen Experten im Bereich **Personalentwicklung** 

## **AK Innovation**

Themen rund um das Innovationsmanagement und **Innovationsrahmenbedingungen** (z. B. Analyse externer und interner Innovationshemmnisse)

#### AK Umweltfragen /vbw Umweltausschuss

"Master-Gremium" zu Umweltthemen, Zusammenkünfte und Vorsitz gemeinsam mit dem vbw-Umweltausschuss

## **Expertenkreise:**

## EK Arbeitsschutz und Anlagensicherheit

Forum zu Arbeitsschutz- und **sicherheitsrelevanten Themen** (u. a. Lessons-Learned-Austausch, Expertenforum ExSchutz, Neues im Arbeitsschutz, etc.)

#### **EK Umwelt**

Forum zum Austausch für **Umweltsachverständige/**-beauftragte (z. B. Anlagengenehmigung, Luftreinhaltung, Natur-, Wasser- und Bodenschutz, etc.)

## **EK Nachhaltigkeit und Responsible Care**

Forum zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen (u. a. Diskussion und Umsetzung der Chemie<sup>3</sup>-Initiative sowie des Responsible-Care-Konzepts, etc.)

### **EK Stoffpolitik**

Forum zum Austausch für Spezialisten aus den Unternehmen zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoffthemen** (u. a. REACH, CLP, Nanomaterialien, etc.)

## Expertendialoge1):

### **ED Umwelt VCI/vbw**

**Dialogforum** zw. Industrie und Umweltministerium auf Fachebene zu **Umweltfragen** (u. a. Rechtsentwicklung, "Trouble-Shooting" bei Vollzugsproblemen, etc.)

### **ED Stoffpolitik**

Dialogforum zw. Industrie und Umwelt- sowie Wirtschaftsministerium auf Fachebene zu Stoffpolitik- und Gefahrstoff-, ggf. auch Arbeitsschutzthemen

Der ED Arzneimittel ist ebenfalls ein Industrie-/Behörden-Dialogformat zu arzneimittelrechtlichen Fragen.
 Da die Ausrichtung aber den beteiligten Ministerien obliegt, ist dieser hier nicht separat aufgeführt.

### Landesgruppierungen der VCI-Fachverbände:

## VdL-Bezirksgruppe Bayern



Landesgruppierung des Verbands der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V.

U. a. branchenspezifischer (Informations-)Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, landesspezifischen Initiativen sowie Positionierung der Branche, etc.

## **BPI-Landesverband Bayern**



Landesverband des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie e.V.

U. a. branchenspezifischer Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, insbes. gesundheits- und arzneimittelrechtlichen Aspekten, Positionierung ggü. der bayerischen Politik und Verwaltung

## Ehrenmitalieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au. München Prof Dr Wilhelm Simson München Dr. Hans Seidl, Grünwald Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen

#### Vorstand (VBCI und VCI-LV)

### Dr. Christian Hartel, München (Vorsitzender)

Albert Franz, Obernburg Dr. Mathias Kranz, Pullach

Johannes Heckmann, Schwandorf Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried

Dr. Andreas Hirschfelder, Fürth Walter Vogg, München Dr. Stefan Hölbfer, Burghausen Paul Wiggermann, Penzberg

## Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

## Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Holger Amberg, Gersthofen Klaus Kamhuber, Trostberg Johann Baumgartner, Neustadt (bis Dez. 2023) Dr. Mathias Kranz, Pullach

Dr. Christian Hartel, München Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried

Johannes Heckmann, Schwandorf Walter Vogg, München Dr. Andreas Hirschfelder, Fürth Paul Wiggermann, Penzberg

Dr. Stefan Hölbfer, Burghausen

#### Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

### Klaus Angermaier, Burghausen (Vorsitzender)

Dr. Maximilian Peter, München

Johann Baumgartner, Neustadt (bis Dez. 2023) Annette Kunze, Peißenberg

Michael Birzer, Schwandorf Michael Lüth, Fürth

Hans-Peter Dangl, Bobingen (bis Jan. 2024) Uwe Fritz, Burghausen Reinhard Pfiffner, Gersthofen

Franz von Galen, Unterschleißheim Christina Pliml, Burgkirchen

Michael Grimbs, Pullach Ulrike Pontius, Seefeld (bis Juni 2024) André Hauer, Bad Berneck Eva-Maria Renner, Burgkirchen

Jochen Joa, München Jasmin Riethmeier, Neustadt-Schwaig

Klaus Kamhuber, Trostberg Sven Spieler, Penzberg

Hannes Kauper, Nürnberg Barbara Strasser, Obernburg Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl (bis Dez.'23) Philipp Wimmer, Burghausen Katja Klinkenberg, Ismaning (bis Jan. 2024) Julia Wonner, Gersthofen

## Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Holger Amberg, Gersthofen Dr. Thomas Schnell, München

Rolf J. Dürschmidt, Regensburg Arne Schulle, Unterschleißheim Ed Hoozemans, Pullach Raphael Siegle, Neu-Ulm

Dr. Johannes Huber, Obernburg Dr. Steffen Wache, Trostberg

Dr. Christoph von Reden, Burgkirchen Steffen Wegner, Herrsching Dr. Karl-Martin Schellerer, Ismaning

## Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen Dr. Johannes Huber, Obernburg
Berndt Fritzsche, Essenbach Dr. Christoph von Reden, Burgkirchen
Markus Fritzsche, Essenbach Dr. David Schmidtke, Bruckmühl
Dr. Keke Hiller, Illertissen Dr. Thomas Schnell, München
Manfred Hoffmann, Neuburg

### Ältestenrat (VBCI)

### Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld

Dr. Helmut Gruber, Burghausen
Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Jürgen F. Kammer, München
Peter Kurz. Fürth
Dr. Albert Thalhofer. Neusäß

Dr. Friedrich Lambert, Obernburg Dr. Peter Umfug, München

## Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)

Berufsausbildung Richard Stubenvoll, Burghausen Energiepolitik Albert Franz, Obernburg

Innovation Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren

Kommunikation Dr. Cordula Weiß, München (ab April 2024)

Personalentwicklung Peter Lerchner, Trostberg (bis Okt. 2023)

Christian Meyer, Burgkirchen (ab Nov. 2023)

Umweltfragen Dr. Peter von Zumbusch, Burghausen

## Landesorganisationen der VCI-Fachverbände

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Steffen Wegner, Herrsching (bis Nov. 2023) / Oliver Kirst, München (ab Nov. 2023)

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Rolf J. Dürschmidt, Regensburg

## Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Dr. Markus Born

## Hauptgeschäftsführer: Ass. jur. Walter Vogg

Geschäftsführer (VBCI): Referenten:

Dr. Markus Born Ass. jur. Alexandra Bechstein

Ass. jur. Stefan Mößner Ass. jur. Annette Birkholz (bis Dez. 2023)
Ass. jur. Peter Fürnthaler (stellv.) Valentin Haselbeck (ab März 2024)

Ass. jur. Philipp Hausch Geschäftsführer (VCI-LV): Ass. jur. Andrea Klein

Dr. Roland Appel (stellv.)

Ass. jur. Valerie Marguardt (bis Dez. 2023)

Ass. jur. Safak Sari (ab Nov. 2023) Ass. jur. Kristina Schneider (ab Jan. 2024)

Robert Schuder (bis Okt. 2023)

Kwam Walton Dr. Cordula Weiß

Ass. jur. Jana Kraus

	Chemische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe				
	2022	2023	%	2022	2023	%		
Bayern								
Gesamtumsatz	23.468.544	22.072.958	-5,9	473.759.280	501.351.864	5,8		
darunter Ausland	14.607.993	13.721.679	-6,1	272.280.534	291.860.091	7,2		
Beschäftigte	65.121	65.305	0,3	1.311.110	1.321.410	0,8		
Bund								
Gesamtumsatz	261.184.435	225.498.882	-13,7	2.348.233.360	2.357.411.498	0,4		
darunter Ausland	159.372.186	139.975.895	-12,2	1.147.717.086	1.180.517.469	2,9		
Beschäftigte	476.987	479.542	0,5	6.251.678	6.277.401	0,4		

Bayern (Spartenergebnisse)								
	Umsatz		Ausland	sumsatz	Beschäftigte			
	2022	2023	2022	2023	2022	2023		
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	649.863	637.396 -1,9%	363.176	369.752 1,8%	2.293	2.352 2,6%		
org. Grundstoffe und Chemikalien	2.334.273	2.069.236 -11,4%	1.433.231	1.304.372 -9,0%	3.924	3.855 -1,8%		
Kunststoffe in Primär- formen	6.882.021	5.365.778 -22,0%	4.898.171	3.709.313 -24,3%	13.332	13.439 0,8%		
Anstrichmittel, Druck- farben und Kitte	1.447.239	1.529.976 5,7%	789.004	871.416 10,4%	6.596	6.871 4,2%		
pharmazeutische Erzeugnisse	3.489.554	4.546.453 30,3%	2.040.262	2.865.030 40,4%	8.857	8.994 1,5%		
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.668.575	1.434.719 -14,0%	924.752	753.107 -18,6%	3.081	3.121 1,3%		
Duftstoffe und Körperpflegemittel	927.531	1.028.206 10,9%	464.937	474.363 2,0%	4.506	4.508 0,0%		
Chemiefasern	934.212	748.149 -19,9%	614.718	507.030 -17,5%	3.382	2.797 -17,3%		
Sonstige	5.135.276	4.713.045 -8,2%	3.079.742	2.867.323 -6,9%	19.150	19.368 1,1%		

Nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro Beschäftigte jeweils zum 30.09.

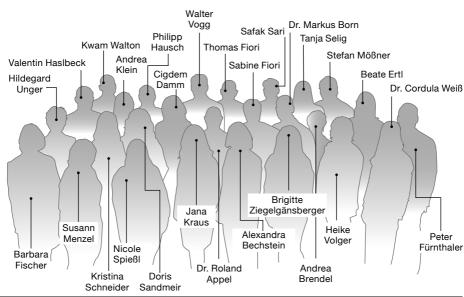
# Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1.000 Euro und %-Anteil am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland

,	=		aci Baila	Согсрави		
Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse	2020	2021	2022	2023	%
2012	Farbstoffe und Pigmente	127.625	152.943	148.793	149.473	4,0
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	1.083.175	1.661.413	2.475.717	1.917.695	18,5
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	1.915.988	1.563.451	1.887.943	1.725.180	7,4
2015	Düngemittel und Stick- stoffverbindungen	53.593	56.514	52.072	38.825	0,7
2016	Kunststoffe in Primär- formen	4.072.213	5.281.159	5.152.975	4.052.576	15,1
2020	Schädlingsbekämp- fungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	145.607	78.696	85.786	57.642	1,9
2030	Anstrichmittel, Druck- farben und Kitte	1.260.474	1.324.359	1.346.397	1.534.180	15,8
2041	Seifen, Wasch-, Reini- gungs- und Poliermittel	811.693	900.647	1.020.891	905.065	15,4
2042	Duftstoffe und Körper- pflegemittel	706.416	773.555	829.652	890.796	16,6
2052	Klebstoffe	278.474	350.055	382.202	344.855	16,6
2053	Etherische Öle	189.684	191.513	218.958	208.890	8,2
2059	Sonst. chemische Erzeugnisse	-	2.941.915	3.213.090	2.817.995	13,5
2060	Chemiefasern	524.974	612.851	756.785	576.004	37,5
2090	Veredlung von Erzeug- nissen der chemischen Industrie	120.843	165.148	244.747	197.455	7,6
20	Chemische Erzeugnisse	13.476.513	15.639.607	17.394.372	15.053.307	11,9
2110	Pharmazeutische Grundstoffe u. ä. Er- zeugnisse	144.936	164.195	145.295	131.496	2,8
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmazeutische Er- zeugnisse	2.096.655	2.248.343	2.805.450	3.621.877	11,3
21	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	2.241.591	2.412.538	2.950.745	3.753.373	10,0
20+21	Chemische und phar- mazeutische Industrie	15.718.104	18.052.145	20.345.117	18.806.680	11,5

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt und Chemdata

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände







# **Bayerische Chemieverbände:**

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. (VBCI)

Verband der Chemischen Industrie e.V.,

Landesverband Bayern (VCI-LV Bayern)

Innstraße 15, 81679 München

Telefon: 089-92691-0

 $\hbox{E-Mail: $vbci@vbci.de, $vci@lv-bayern.vci.de}\\$ 

www.bayerische-chemieverbaende.de

